

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgebühren. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 53, Rottbuhlerdamm 23 L.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierstellige Zeile 20 Pf.,  
Stellengelder 20 Pf., für Ver-  
bandsmitglieder 20 Pf., Beram-  
lungsanzeigen je 10 Pf. An-  
zeigen für den Betrag bezufügen

Nr. 51.

Berlin, den 23. Dezember 1905.

21. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Ersatzbücher für die im Jahre 1900 ausgestellten Mitgliedsbücher werden vom Verbandsvorstand ausgefertigt. Da nunmehr mit der Anlegung einer Stammtafel begonnen werden soll, so bitten wir sowohl die einzelnen Mitglieder als auch die örtlichen Funktionäre, auch alle diejenigen Mitgliedsbücher, die im Jahr 1900 ausgestellt und noch nicht vollgelebt sind, uns zum Umschreiben einzusenden. Vor Einsendung der alten Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind, weil nur dadurch ein richtiger Uebertrag in das neue Mitgliedsbuch möglich ist. Insbesondere ist auch darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei der Rufname vollständig ausgeschrieben sein soll.

2. Wie schon der Ausdruck auf den Mitgliedsarten besagt, sind dieselben, sofern mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet und entsprechend Marken geklebt sind, gegen ein Mitgliedsbuch umzutauschen. Die Ausstellung dieser Mitgliedsbücher geschieht gleichfalls durch den Verbandsvorstand. Die Karten werden nicht mehr zurückgeschickt, sie bleiben in Verwahrung auf dem Verbandsbureau.

3. Wir sehen uns veranlaßt, wiederholt darauf hinzuweisen, daß alle An- und Abmeldungen der Mitglieder nur in die hierfür bestimmten Rubriken der Mitgliedsbücher bzw. -Karten zu vermerken sind. Zugleich mit der Abmeldung ist vom Kassierer desjenigen Ortes, wohin die Beitragsleistung erfolgt ist, die Zahl der von der An- bis zur Abmeldung gezahlten Wochenbeiträge einzutragen und durch Stempel und Unterschrift zu beglaubigen. Die Summe der gezahlten Wochenbeiträge darf aber nur nach der Zahl der geklebten Quittungsmarken festgestellt werden. Die Eintragung der Abmeldung und die damit verbundene Eintragung der Zahl der gezahlten Beiträge darf in allen Fällen nur dann geschehen, wenn das sich abmeldende Mitglied seine Beitragspflichten voll und ganz erfüllt hat. Es müssen daher Beitragsreste stets vor der Abmeldung beglichen werden. Ohne den Eintrag der erfolgten Abmeldung darf die Abmeldung nicht vollzogen werden.

Indem wir an die die An- und Abmeldungen entgegennehmenden Verbandsfunktionäre das dringende Ersuchen richten, streng nach den getroffenen Bestimmungen zu verfahren, ersuchen wir alle diejenigen Mitglieder, auf welche vorstehende Bestimmungen zutreffen, in ihrem ureigensten Interesse sie genau zu befolgen, denn eine Mißachtung derselben schließt nach § 13 im Statut den Verlust aller erworbenen Rechte in sich.

Zur Kontrolle, daß in die alten Mitgliedsbücher die An- und Abmeldebubriken eingeklebt worden sind, ist auf Seite 12 rechts neben der Seitenzahl der keine Zahlstellen- bzw. Gauptstempel beizudrucken.

4. Mit dieser Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ werden die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt versandt. Wir ersuchen, dieselben am 4. Januar genau ausgefüllt

an uns zurücksenden zu wollen. Diejenigen Gaue und Zahlstellen, welche dieser Verpflichtung nicht nachkommen, werden später öffentlich bekannt gemacht werden.

Der Verbandsvorstand.  
S. A.: Kloth.

## Auswärtiger Handel und industrieller Aufschwung.

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage darf nicht übersehen werden, daß die starke Steigerung der Umsätze im Verkehr mit dem Auslande bis zu einem gewissen Grade durch die bevorstehende Erhöhung der Zollsätze veranlaßt ist. Die Interessenten nützen die Zeit vor Inkrafttreten der höheren Zollsätze (1. März 1906) noch nach Möglichkeit aus, möglichst viel Ware noch zu den niedrigen Zollsätzen ins Ausland zu schaffen. Da außerdem auch der Inlandsmarkt sehr aufnahmefähig ist und ebenso das Ausland eine stärkere Kaufkraft als im Vorjahr bekundet, so nehmen die Umsätze im auswärtigen Handel Dimensionen an, wie sie überhaupt noch nicht beobachtet worden sind. Die monatliche Bewegung der Einfuhr ergibt für eine Reihe von Monaten ganz außergewöhnliche Zunahmen gegenüber 1904. In Millionen Doppelzentnern stellte sich nämlich die Einfuhr:

	1903	1904	1905	+ oder -	gegen 1904
Januar	32,04	32,83	36,08	+	3,25
Februar	30,35	31,32	43,08	+	11,76
März	35,31	37,94	39,73	+	1,79
April	36,72	39,88	41,81	+	1,93
Mai	41,38	40,26	47,85	+	7,59
Juni	41,45	40,79	44,14	+	3,35
Juli	43,60	43,37	46,49	+	3,12
August	41,13	42,38	47,87	+	5,49
Septbr.	40,32	43,30	47,60	+	4,30
Oktober	46,23	46,31	52,39	+	6,08

Zunächst fällt die Steigerung im Februar auf. Sie rührt einzig und allein von der überaus starken Zufuhr ausländischer, hauptsächlich englischer, Kohle her. Der Bergarbeiterstreik hat diese Importsteigerung veranlaßt. Von Mai ab sind dann die Monatszunahmen durchweg erheblich. Jeder Monat bringt eine Steigerung des Imports von mehr als 3 Millionen Doppelzentnern. Im Oktober erreicht und überschreitet zugleich die Monatsziffer der Einfuhr das Quantum von 50 Millionen Doppelzentnern. Insgesamt wurden während der ersten zehn Monate des laufenden Jahres 447,07 Millionen Doppelzentner Ware importiert gegen 398,41 im nämlichen Zeitraum 1904 und 388,53 im Jahre 1903. Die Steigerung gegen das Vorjahr betrug 1904 noch nicht 10, 1905 dagegen beinahe 49 Millionen Doppelzentner. An dieser Importmenge sind hauptsächlich beteiligt (in Millionen Doppelzentnern):

	1903	1904	1905
Kohlen	127,88	126,82	151,79
Erden, Erze, edle Metalle	73,57	84,10	86,12
Getreide	61,90	57,81	67,86
Holz- und Schnitzstoffe	44,60	47,11	51,50
Abfälle	11,35	11,38	13,26
Material-, Spezerei- u. Konditorwaren	11,78	11,59	12,14

	1903	1904	1905
Steine und Steinwaren	9,20	9,14	11,78
Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren	9,96	10,84	11,42

Die hier aufgeführten Gruppen fallen quantitativ am meisten ins Gewicht. Besonders stark ist die Zunahme bei Kohlen und Getreide. Indes erstreckt sich die Steigerung keineswegs nur auf Massengüter, es nahm überhaupt der Bezug von gewerblichen Rohstoffen ganz erheblich zu. Gerade aus dieser letzteren Tatsache ist auf die wesentlich gehobene Tätigkeit der Industrie zu schließen. Zu dem nämlichen Schluß führt ein Blick auf die Gestaltung der Ausfuhr im laufenden Jahre. Auch hier ist die Steigerung gegen 1904 außergewöhnlich stark. Der Menge nach exportierte Deutschland während der ersten zehn Monate im laufenden Jahre 331,93 Millionen Doppelzentner gegen nur 318,04 im Jahre 1904 und 316,48 im Jahre 1903. Es betrug also die Steigerung gegenüber dem Vorjahr im Jahre 1904 nur 1,56 Millionen Doppelzentner, dagegen im laufenden Jahre 13,89! Die Steigerung im Jahre 1905 wäre noch kräftiger, wenn nicht in den ersten beiden Monaten die Ausfuhr infolge des Bergarbeiterausstandes empfindlich zurückgegangen wäre. In den einzelnen Monaten stellte sich nämlich die Ausfuhr in Millionen Doppelzentnern auf:

	1903	1904	1905	+ oder -	gegen 1904
Januar	31,50	29,56	27,62	-	1,94
Februar	28,10	28,08	26,33	-	1,75
März	31,92	32,32	34,81	+	2,49
April	29,07	34,81	30,44	-	4,37
Mai	32,14	30,10	34,55	+	4,45
Juni	30,30	31,16	31,72	+	0,56
Juli	32,19	30,77	35,38	+	4,61
August	34,15	33,67	36,55	+	2,88
Septbr.	33,25	33,23	36,39	+	3,16
Oktober	33,86	34,33	38,14	+	3,81

Außer Januar und Februar zeigt auch der April eine starke Abnahme, die dadurch veranlaßt wurde, daß Ostern in die zweite Hälfte des Monats fiel, was die Ausfuhrleistung in dieser Zeit stark lähmte. 1904 fiel Ostern auf die ersten Tage des April, was die Exportleistung im Laufe des April so gut wie gar nicht störte. Im Mai wurde der Rückgang des April wieder ausgeglichen. Immerhin war die Ausfuhrleistung im ersten Halbjahr noch gedrückt. Durchgreifend zeigt sich die Steigerung erst von Juli ab. Die Oktoberziffer ist seit 1900 nur einmal, nämlich im November 1902, mit 38,90 übertroffen worden. Damals wurde der Export wegen der unbefriedigenden Marktlage im Inlande besonders forciert. Von den wichtigsten Warengruppen, die quantitativ am Export am stärksten beteiligt sind, seien folgende mit ihrer Ausfuhr in Millionen Doppelzentnern genannt:

	1903	1904	1905
Kohlen	172,21	176,85	178,04
Erden, Erze, edle Metalle	52,75	55,21	63,78
Eisen und Eisenwaren	29,46	23,06	26,61
Material-, Spezerei- u. Konditorwaren	15,90	13,10	12,68
Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren	8,14	8,58	9,57
Getreide	6,98	9,67	7,99
Steine und Steinwaren	5,57	5,78	7,17

Dem Werte nach sind indes andere Warengruppen weit stärker gestiegen. Vor allem hat der Export von Fabrikaten ganz erheblich während der letzten Monate zugenommen. Es ist nun anzunehmen, daß die Bewegung der Ein- und Ausfuhr während der nächsten Monate noch weiter lebhaft bleiben wird, und zwar bis gegen Februar nächsten Jahres. Dann aber ist es nicht ausgeschlossen, sondern sogar wahrscheinlich, daß mit der neuen Zollordnung ein empfindlicher Rückschlag eintreten wird, der auch auf den Arbeitsmarkt ungünstig einwirken müßte. Im Hinblick auf diese Eventualität kann man die augenblickliche Entwicklung des auswärtigen Handels nicht ohne weiteres als ein erfreuliches Zeichen der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeben. Der jetzige Aufschwung hat etwas forciertes; das muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, damit die gewerbliche Unternehmungslust sich nicht zu Erweiterungen der Produktion hinreißt, für die im Frühjahr 1906 die ausreichende Absatzgelegenheit fehlen würde.

### Lohnbewegungen.

Zugung nach Aachen, Stettin, Pforzheim, M.-Glabbad, Heilbronn, Offenbach a. M., Dortmund, Chemnitz, Erfurt, Keutlingen, Freiburg i. B., sowie nach Eisenberg (Eisnarbeiter) ist strengstens fernzuhalten, desgleichen nach schweizerischen Städten Bern, Solothurn, St. Gallen, Genf und Winterthur.

Die Werkstube A. Schlaich, Leipzig-A. und Wiedemann, Rempfen i. B., sind gesperrt!

In Chemnitz ist die Bewegung einstweilen abgeklungen. (Siehe unter Korrespondenzen.)

Nach Brandenburg orientiert über den Abschluß der Lohnbewegung in der Berlin-Neuroder Kunstanstalt ebenfalls der Bericht unter Korrespondenzen.

Die Lohnbewegung bei Ruffus in Dortmund dauert nun schon 5 Wochen, an dem Stand derselben hat sich noch nichts geändert. Die Verhandlungen mit Herrn Ruffus seitens der Lohnkommission führten zu keinem Ergebnis. Er gab zu, daß er durch die Bewilligung keinen besonderen finanziellen Schaden haben würde, aber er will sich von einer Kommission keine Vorschriften machen lassen. Dabei stellt er sich andererseits als Anhänger der Organisation und tariflicher Abmachungen hin. Für ihn

sollen der Hannoverische und Bielefelder Tarif maßgebend sein. Die Lohnkommission hatte mit ihm vereinbart, den Streikenden resp. der Mitgliederversammlung eine stoffmäßige Lohnskala von einem Minimal-Anfangslohn, weitere Stufe 21 Mk., dann 22,50 Mk. und 24 Mk. als Vorschlag Herrn Ruffus zu unterbreiten. Das war am Sonnabend, den 9. November. Am Sonntag fand dann die Versammlung statt, in welcher der Mittelschlag von 21 Mk. gestrichen wurde, weil er eine Verschlechterung des schon bestehenden Verhältnisses darstellt. Montag sollte dieser Vorschlag Herrn Ruffus unterbreitet werden. Diesem war aber das Ergebnis der Versammlung bedauerlicherweise schon hinterbracht worden und er war jedenfalls darüber so verärgert, daß er der Lohnkommission einen ziemlich gereizten Brief schrieb, worin er alle Zugeständnisse zurückzog und bemerkte, daß er sich von weiteren stundenlangen Verhandlungen nichts mehr verspricht und gleichzeitig andeutet, daß er so wie so bei Wiedereinstellung seiner Leute eine Auswahl treffen will. Eine Maßregelung soll das aber nicht sein. Er sei, wie er nachträglich an Kollegen Groenhoff schrieb, schon so geschädigt, seine Kundschaft hätte schon so viele Aufträge zurückgezogen, daß er eben nicht alle Arbeiter mehr einstellen könne. Auch habe es jetzt keinen Wert mehr für ihn, vor den Feiertagen noch anfangen zu lassen. Es ist eigentlich unbegreiflich, wie ein Geschäftsmann lediglich aus purem Eigennutz eine derartige Schädigung auf sich nimmt.

Die Streikenden stehen nach wie vor treu und fest zusammen. Nur ein Abtrünniger ist im Laufe dieser Woche zu verzeichnen. Es ist dieses der Vorsitzende der Filiale der Zentral-Krankenkasse Merzenich. Die Streikenden weinen ihm keine Kränze nach; sie hätten gerade so gern gesehen, wenn er überhaupt von vornherein stehen geblieben wäre. Es herrscht unter den Kollegen sowieso ein gewisser Verdacht.

Trotzdem nun schon seit Wochen in der „Buchb.-Ztg.“ vor Zugung nach Dortmund gewarnt wird, finden sich immer wieder allerhand zweideutige Elemente in Dortmund ein, um sich hier unterstützen und dann wieder abziehen zu lassen. Auch nahmen einige Arbeiter bei Ruffus an, trotzdem sie wußten, daß gestreift wurde. Nachher hat ihnen das Gewissen geschlagen und sie haben die Arbeit wieder verlassen.

Nachstehende Gerichtsverhandlung mag für die Kollegenschaft interessant sein.

Das Generobericht Dortmund Stadt verhandelte in der Sitzung vom 13. Dezember, in der Rechtsanwält v. Bodeker den Vorsitz führte und die Herren Buchdruckermeister Crüwell, Brauereidirektor Kahler, Buchdrucker Fiedler und Maurer Gerhardt als Beisitzer fungierten, u. a. nachstehende Streit-

sachen: Die Buchbindergehülfen Gustav Horn und Karl Satrup nahmen bei der Firma Fr. Wilh. Ruffus zum 27. bezw. 30. November Beschäftigung an. Sie traten jedoch die übernommene Arbeit infolge der über die gedachte Firma seitens der organisierten Buchbinder verhängten Sperre nicht an. Ihrer Behauptung nach wurden die besagten Buchbinder hiervon durch Drohungen von ausgesetzten Streikposten abgehalten. Die Firma Ruffus klagte auf Schadenersatz und zwar verlangte sie von Horn 48 Mk. und von Satrup 51 Mk. Sie behauptete, daß die Beklagten mit den Streikposten gar nicht in Verbindung hätten kommen brauchen, da sie ihnen Unterkunft und Beschäftigung in ihrem Fabrikgebäude angeboten habe. Zudem seien die Beklagten bei Abschließung des Arbeitsvertrages über die zurzeit herrschenden Zustände aufmerksam gemacht worden. Die Beklagten wurden zur Zahlung der geforderten und auch glaubhaft gemachten Beträge kostenpflichtig verurteilt.

So etwas sollte doch nicht vorkommen!

Einen besonderen „Ruhm“ erwirbt sich auch wieder M.-Glabbad. Ein Fr. K. hatte sich 3 Mk. auszahlen lassen, und wenn nicht aufgepaßt wäre, hätte er sich noch vom Bahnhof aus wieder weggestohlen, um trotz seines gegebenen Ehrenwortes wieder in Dortmund zu bleiben. Ein anderer, der ebenfalls von M.-Glabbad kam und sich als Märtyrer von der hiesigen Lohnbewegung aufspielte, wollte gleichfalls in Dortmund Streikbrecher werden. Bei ihm kann man mit dem besten Willen nicht annehmen, daß er von der Bewegung in Dortmund nichts gewußt hat. Es ist dieses Fr. W. Reiche aus Leipzig, der in M.-Glabbad dem Verbandsbeigetreten ist. Die Liste könnte noch ausgedehnt werden. Es soll hiermit aber allen zur Warnung dienen, daß Zureisende nach Dortmund von jetzt ab unweigerlich in der Zeitung veröffentlicht werden. Eine besondere Aufmerksamkeit muß darauf verwendet werden, daß keine Streikarbeit verrichtet wird. Von Hannover und Hagen steht das schon ziemlich sicher fest. Es sollte doch von allen Kollegen erwartet werden, daß bei einer solchen Bewegung jeder etwas Aufmerksamkeit an den Tag legt. In Hagen haben sich die Kollegen in anerkennenswerter Weise als auf dem Posten stehend gezeigt. Es ist sicher, daß Ruffus wohl längst bewilligt hätte, wenn er nicht durch von auswärts gelieferte Arbeit in den Stand gesetzt war, seine wichtigste Kundschaft einigermaßen zu befriedigen.

Also nochmals: Zugung fernhalten! Keine Streikarbeit machen!

Die Einzelmitglieder in Garburg a. b. Elbe (Gau 6) haben eine Lohnbewegung hinter sich, die sich in den letzten Wochen, der Außenwelt gegenüber ganz im Stillen, vollzog und vielleicht gerade da-

### In kernenheller Weihnachtsnacht\*).

Von Franz Diederich.

Im kahlen Winterwalde. Schneegraues Dämmern. Stumm ragen in der einsamen Stille die Stämme. In dunklen Linien, stark und fein, verneken sich über mir die vielen Äste. Der Tag verging. Ich schreite zu. Droben wandelt ruhig-groß ein einzelner heller Stern.

Aus der Stadt bin ich gekommen. Blendend reichstes Licht aus hundert und tausend großen buntlockenden Scheiben fiel über die Straßen, auf ein Geschlebe von Menschen. Die Gesichter überstieft scheinhell der Lädenglanz. Männer und Frauen haben es eilig. Da und dort schlüpfen ein paar Kinder, die sich an der Hand halten und vor die Spielzeugenster ziehen: ärmliche Kindlein, einfarbene Wollmützen tief über den Ohren, die Händchen meist bloß.

Ein kleines Mädchen trägt im Arm ein Bündelchen dünner, verästelter, weißgepinserter Zweigruten, die wie von glitzerndem Schnee bedeckt sind. Kleine Klöbchen, wie Starfästen, sind daran befestigt, und vor den Kästen hockt immer ein kleiner, schwarzer, fröhlicher Vogel, aus Papier geschnitten. Das Mädchen drängt sich zu den großen eiligen Leuten, hält die Zweigruten empor, will sie verkaufen, trippelt ein paar Schritte neben den Eilenden hin, bewegt leise die Lippen, und so fragend und gespannt gucken bittend und blickend die Augen.

Durch dunkle Vorstadtstraßen bin ich gegangen, an Hauszäunen hin, wo einzelne Bäume

stehen. Der Stadtmensch sieht jeden Baum. Das überfrostene Geäst starrt auf die Straße hinaus und streift mich fast. Immerfort kommen mir die kleinen Zweigruten mit den Nistkästen in den Sinn. Kinder gehen vereinzelt auf den stillen Straßen. Immer fällt mir das Gesicht des verlaufenen kleinen Mädchens ein, die bittfragenden Kindesaugen.

Die Stadt liegt hinter mir. Längst. Nur ein fernes Hauschen noch. Durch den Schneewald schreite ich nun. Ein kleiner Vogel fliegt vor mir auf. Wieder sehe ich die kleinen Zweigruten und das kleine ärmliche Mädchen.

Der Vogel fliegt über mir auf einen Ast. Schnee fällt herab. Ich blicke empor. Droben wandelt der einzelne lichte Stern. So ruhig-lieb. In geduldig harrendem Fragen. Sind Sterne nicht wie Kindesaugen?

Am Waldbrand, wo die niedrigen Tannen stehen, muß ich vorüber. Zwei Menschen bewegen sich dort gebückt, ein Mann und eine Frau. Wie ich mich nähere, richten sie sich auf. Sie rühren sich nicht mehr, sehen mich still an. Ich grüße. Guten Abend! Sie antworten schnell.

„Ein Bäumchen geschnitten?“

Der Mann bleibt stumm. Aber die Frau nickt und lispelt: „Die Kinderchen . . .“ Wie das klingt! Das Herz spricht. Die Dunkelheit verbirgt die feineren Züge des Frauengesichts, aber wie ihr das Wort wohl aus den Augen leuchten mag! Sein Klang leuchtete.

Die Kinderchen!

Ich bin aus dem Walde. Flach liegt das Land. Verschneite Wälder. Unter meinen Schritten knirscht der harte Weg. Dunkler breitet sich die Welt. Wo ist der eine Nach-

stern? Dort! Aber nun ist der Himmel weit-hin schon sternbesät. Und immer neue zarte Lichter werden zitternd wach . . . Heilige Nacht.

Am einem Friedhof führt mein Weg hin. Ich stehe und blicke über die Mauer. Niedere Hügel. Weißes Schneigen. Kleine dunkle Kreuzchen verstreut. Von einzelnen dünnen Bäumen hängen stumm kahle Zweigruten. Hinter den Stämmchen dort regt sich etwas, klein und dunkel. Ein matter Schein hellt einen Fleck Dunkelheit. Nun seh ich's besser. Ein Lichtchen. . . noch ein. . . ein drittes. Ein winziges Tannenbäumchen auf einem Grabe. Ein kleines Mädchen steht davor, ganz still. Als sähe es immer nur in die Lichtflämmchen, die sich heimlich in der Nachtluft bewegen.

Die Lichtlein verlöschen bald.

Das kleine Mädchen geht.

Ich warte still an der Pforte und gehe mit dem Kinde. Zum Vorstadtdorf hinüber.

Es ist sein Schwesterchen, dem es ein Bäumchen gebracht. Im Jahr zuvor hat es so lieb mit ihm unterm Christbaum gespielt. Sah immer darunter und guckte glücklich hinauf in das grüne Gezwig mit den bunten Sachen und silbernen Fäden und Nüssen und den Papierfetten, rot, blau und gelb. Und nach Wochen, als es eines Morgens sah, daß die Mutter den Baum gerackte, stand es in starrem Erschrecken da und weinte bitterlich. Und war erst still, als die Mutter sagte: übers Jahr käme der Baum ganz grün und mit vielen Lichtern wieder.

Das kleine Mädchen hat so eine Weile geplaudert. Nun geht es neben mir hin und weint.

Ich sehe die Tränen über die Backen tropfen. Sie glänzen, als spiegelte sich Sternlicht darin.

\* Aus „Die Dämmer dröhnen“. 112 S. 80. Preis 1 Mk. Verlag von Raden & Co., Dresden.



durch, daß sie sich so still entwickelte, mit einem fast vollständigen Erfolg endete. Denn es ist eine alte Erfahrung, mögen Ortschaften wie Garburg, durch die Nähe Hamburgs beeinflusst, auch sonst von durchreisenden Kollegen gemieden werden, in Zeiten einer Lohnbewegung, wenn es heißt: „Zugzug fernzuhalten!“ treffen die zweifelhaftesten Gestalten ein, wenn auch nur zu dem Zweck, um sich wieder abzusetzen zu lassen. Das also war vermieden worden und hat sicherlich zum Erfolg nicht unerheblich beigetragen.

Seit April 1900 galten für Garburg die damals auch durch eine Lohnbewegung festgesetzten Arbeitsbedingungen, in der Hauptsache 10 Stunden Arbeitszeit und 18 M. Minimallohn. In letzter Zeit wurden aber meist 20 M. Minimallohn gezahlt, und der Teil der Kollegen, die längere Jahre in Garburg sind, erhielten nicht unwesentlich mehr. Mit Ausnahme einer Werkstube waren in allen Betrieben die Kollegen gut organisiert; durch die Bewegung ist aber auch diese Werkstube gewonnen worden. Zurzeit sind nur 2 Kollegen am Ort, die dem Verbands nicht angehören. Der eine arbeitet nicht mehr im Beruf, der andere kommt aus anderen Gründen nicht in Betracht.

Die Unternehmer sind durch eine Zwangsinnung organisiert. Es herrscht ausschließlich der Kleinbetrieb vor. Beschäftigt sind durchschnittlich 12 bis 15 Kollegen. Die Gehülfen hatten nach vorausgegangener Versammlung durch den Gesellenausschuß im wesentlichen nachfolgende Forderungen an die Innung gelangen lassen: 9½stündige Arbeitszeit, Sonnabend eine Stunde früher Schluß; Minimallohn 21 M., für Ausgelernte 18 M.; für Ueberstunden 25 Proz. Mehrbezahlung, Sonntags 33¼ Proz.; Bezahlung der geschlossenen und vom Geschäft angeordneten, in die Woche fallenden Feiertage. Inkrafttreten dieser Bestimmungen vom 1. Nov. 1905 ab.

Durch Schreiben erklärte sich die Innung bereit, unter Beibehaltung der 10stündigen Arbeitszeit den Minimallohn unter Umrechnung in Stundenlöhne zu bewilligen und zwar die Stunde mit 35 Pf., für Ausgelernte bis zum 1. Januar nach der Lehre 28 Pf., Sonnabends sollte eine Stunde früher Schluß sein bei voller Anrechnung dieser Stunde, ferner die geforderte Mehrbezahlung für Ueberstunden mit Inkrafttreten dieser neuen Bestimmung ab 1. November 1905.

Die Innung gab hierbei der Erwartung Ausdruck, daß sie der Gehülfenschaft im weitesten Sinne entgegengekommen sei, daß, wie bisher, auch in Zukunft das Verhältnis zwischen Innung und Gehülfenschaft ein gedeihliches bleiben möge.

Die zur Entgegennahme der Antwort einberufene Versammlung der Kollegen erklärte sich mit den gemachten Zugeständnissen nicht zufrieden, be-

schloß vielmehr, alle Forderungen aufrecht zu erhalten und beauftragte den Gesellenausschuß, diesen Beschluß unter ausführlicher Begründung der Innung nochmals zu unterbreiten. Nur insofern kam auch die Kollegenschaft der Innung entgegen, als sie beschloß, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit den Termin für Inkrafttreten der gestellten Forderungen auf den 1. Januar 1906 hinauszuschieben.

Diesem Beschluß gemäß hat der Gesellenausschuß die Forderungen nochmals eingehend begründet und der Innung zugestellt. Die Innung antwortete bald darauf. Es muß überhaupt anerkannt werden, daß die Innung stets in kürzester Frist Beschluß faßte und den Gehülfen Antwort zugehen ließ.

In diesem nun folgenden Antwortschreiben erklärte sich die Innung mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden täglich einverstanden unter entsprechender Erhöhung der Stundenlöhne, für Ausgelernte pro Stunde 30 Pf., für die Uebrigen 27 Pf., alle übrigen Forderungen gemäß ihrem ersten Antwortschreiben und den Termin für Inkrafttreten 1. Januar 1906. Bis dahin gelten die vorher gemachten Bewilligungen. In bezug auf Bezahlung der Feiertage schwebt sie sich auch diesmal aus.

Die Innung stattgefundenen Versammlung der Kollegen beschloß, die gemachten Zugeständnisse anzunehmen, trotzdem die Bezahlung der Feiertage nicht mit inbegriffen war, aber in der Hauptsache kam es ihr auf eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit an. Alles in allem genommen bedeuten diese neuen Bestimmungen einen ganz nennenswerten Fortschritt, um so mehr, als es keinerlei Opfer dem Verbands kostete. Der Erfolg beruht einzig auf der guten Organisation der Kollegen am Ort. Mögen die Kollegen hier wie überall die Lehre daraus ziehen und auch in Zukunft treu und fest zum Verbands halten und jeden Unorganisierten suchen für den Verbands zu gewinnen.

So wie in Garburg liegen noch in manchen anderen, speziell kleinen Zahlstellen des Gau 6 die Verhältnisse für die Kollegen nicht ungünstig; leider wissen die Kollegen ihre Kräfte nicht recht zu werten und verzeihen sich gegenseitig. S. S.

### Der Tarifvertrag nach juristischer Theorie und in der Wirklichkeit.

In den letzten Jahren hat die tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen einen bedeutenden Aufschwung genommen, nachdem der Widerwille, den früher der größte Teil der Arbeiterorganisationen gegen tarifliche Verträge hegte, geschwunden ist. Der Tarifvertrag ist ein Faktor geworden, mit dem in unserem heutigen Wirtschaftsleben zu rechnen ist. In neuester Zeit beginnen auch die Juristen, diesem mehr

Interesse zuzuwenden. Nachdem Lotmer sein grundlegendes Werk über den Arbeitsvertrag geschrieben hat, von dem der 3. Teil den Tarifvertrag behandelt, sind noch mehrere seinem Beispiel gefolgt und ist bereits eine ganze Literatur über diese Frage entstanden.

Auch auf dem am 18. und 19. September in Würzburg tagenden Verbandstag der Gewerbetagende ist von Herrn Dr. Singheimer ein beachtenswertes Referat über Tarifverträge gehalten worden.

Was Dr. Singheimer zunächst über die Bedeutung des Tarifvertrages sagt, soll besonders hervorgehoben werden, nicht etwa, weil es ein neuer Gedanke ist, sondern weil diese einfache Wahrheit leider von einem großen Teil unserer Kollegen noch immer nicht begriffen wird.

„Die Bedeutung des Tarifvertrages ergibt sich zunächst aus der Methode seines Abschlusses. Indem statt des einzelnen Arbeiters die Gesamtheit der Arbeiter, und diese Gesamtheit durch geschulte Unterhändler vertreten wird, wird die Stellung der Arbeiter als Vertragspartei verbessert, ja oft allererst begründet.“

Der Tarifvertrag ist nach Singheimer nicht nur moralisch wirksam, sondern ein Rechtsverhältnis der vertragschließenden Parteien mit allen Wirkungen eines solchen. Die Rechtswirkungen nach dem geltenden Recht stellen sich demnach folgendermaßen dar. Da die vertragschließenden Arbeiterorganisationen als nichtrechtsfähiger Verein den Vorschriften über die Gesellschaften unterliegen, haben auch alle Mitglieder gemeinschaftliche Ansprüche, und kein einzelnes Mitglied, sondern nur die Gesamtheit kann über die Ansprüche verfügen resp. dieselben ändern. Weiter ist nach dem Tarifvertrag der Arbeitgeber verpflichtet, wenn er Arbeitsverträge abschließt, dabei die tariflichen Vereinbarungen zugrunde zu legen. Vor allem muß er seine Arbeitsordnung dem Tarif anpassen, denn Bestimmungen der Arbeitsordnung gehen denen des Tarifvertrages vor. Auch den Unorganisierten gegenüber, wenn sie zur selben Arbeiterkategorie gehören, ist er zu tariflichen Leistungen verpflichtet. Eine Massenentlassung, um die Organisation zu schwächen, ist Tarifbruch, da das Bestehen einer Organisation Bedingung zur Aufrechterhaltung des Tarifes ist.

Auch die Arbeiterorganisation ist zu tariflichem Verhalten verpflichtet und hat während der Vertragsdauer sich jeden Streiks, jeder Sperre usw. zu enthalten. Zugleich aber auch ihre Mitglieder anzuhalten, nur zu tariflichen Bedingungen zu arbeiten und ihr Verhalten in dieser Beziehung zu überwachen.

Die Wirkung des Tarifvertrages bei Abschluß des Arbeitsvertrages äußert sich darin, daß jeder Organisationsangehörige das Recht auf tarifliche Abmachungen hat, und sein etwaiger Verzicht auf diese

Auf einmal meint das Kind: „Mutter sagt aber, Schwesterchen wäre auch da heute abend, man sähe es nur nicht. Es käme, — man müßte nur recht daran denken.“

Und das Kind sieht mich fragend an und meint: das sei gewiß auch wahr. Ich sehe deutlich, wie in den Augen das Kindesherz verlangt: wahr solle es sein, und sanft lege ich meine Hand auf des Kindes Scheitel: „Glaub Deiner Mutter nur! Denk recht ans kleine Schwesterchen!“

Das Dorf ist nah. Jetzt zwifft das Mädchen mich am Kermel, steht still und deutet grad aus. Da vorn am ersten Haus quillt frohgelber Schein durchs kleine enge Fenster: ein erster brennender Weihnachtsbaum.

Als ginge ein neuer Stern auf in der Nacht. Und er ist heller, ruhiger noch als droben der schöne wandelnde Stern. Wunderjam!

Die Kleine guckt mit offenem Munde aus groß aufgetanen Augen. Ein paar Schritte noch geht sie neben mir, immer den Blick grad aus nach den Lichtern gerichtet. Nun kommt so ein leises Längeln in die Schritte, und auf einmal springt sie eilends fort, guckt kaum noch einmal zurück und läuft, läuft. Und ist fort.

Ich bin an dem lichterhellen Fenster und lausche einen Augenblick. Eine schlichte, noch junge Frau steht dort, zündet die letzten Lichter an, und in ihren Augen bewegt sich verzagt ein träumender Gedanke. Unter dem Baume ist eine Krippe aufgestellt: die Hütte mit der Mutter im blauen Gewand, das großaugene Weihnachtskind im Schoß, und über der Hütte ein gelber großer Stern mit dicht niederfließendem Strahlenbündel.

Nun noch ein Augenblick und die Tür wird sich auf tun. Ein kleines Mädchen wird herein-

kommen, die Mutter wird es küssen, und den trauernden Gedanken wird eine läche, zuckende Herzlichkeit verdrängen. Sie wird das ihr geliebte kleine Kind an der Hand nehmen, das kleine Mädchen wird mit Herzklopfen in den Lichtglanz des Baumes hineinblinzeln, und dann wird sein Blick vielleischt im Zimmer umhergehen und denken: ob es nicht doch, wenn's nur recht aufpasse, das Schwesterchen sehen könne. Wird's aber nicht finden, und nun fällt wohl ein Schatzen erster tieferer Traurigkeit des Lebens in sein Gemüt, und es wird dennoch nicht wissen, daß sich's am geschenkten Püppchen viel, viel mehr freuen könnte, wenn's nicht allein damit spielen müßte.

Es gibt Dichter, die das Märchen gesponnen haben: gestorbene Kinder würden zu Sternen. Das Märchen ist so tröstlich schön. Tiefster Schmerz hat es geboren. Wohl dem, der sich mit solchem Märchen trösten kann!

Ich raffe mich zusammen und schreite schnell fort, schnell durch den Ort. Die Sterne sind unübersehbar reich aufgewacht. Der ganze Himmel ist hell und der eine hohe Stern herrlich inmitten.

Und wieder bin ich im Felde, zwischen über-schnittenen Aedern.

Wie hoch und weit!  
Meine Gedanken sind ganz von einem Gefühl erfüllt: lichte Sterne und frohe Kindesaugen. Sie bilden von überallher mich an. Als kenne die Welt kein anderes Glück. Als ginge so der Sinn der Friedensbotschaft der Weihnachtsnacht mir auf. Lebt im Kinde das Glück der Welt? Ich staune überrascht wie die Hirten auf dem Felde, die die Legende nennt. Das Kind ist die Botschaft des neuen Lebens. Es

unterliegt nicht der Trauer, träumt immer nur von der großen Freude.

Zu harten Winter, auf kalten Gassen der Städte, tritt es an Dich heran, arm, darben, und reicht Dir einen winterlich kahlen Zweig. Aber zwischen den schneeglühend umfrosenen Ästen sitzt vor sicherem Mistkästchen ein kleiner Vogel: der ist froh und hat das Schnäbelchen wie zum Singen geöffnet. Kleine Vögel sind wie der Frühling und sind die Lieblinge der Kinderherzen. Wie die Sternlein. Kinderherzen sind bunte, zwitschernde Vögel, und die schönsten Vögel träumen. Das harte Leben zerstreut und verweht die Träume, aber in den Kinderherzen leben sie, wachen sie immer wieder zu neuem Leben auf, alle Winterhärte über-während.

Aus den Aedern heraus, wo unterm Schnee das zarte Grün zukünftiger Ernte geduldig harret, führt der Weg mich zur Höhe. Nun kann ich niedersehen auf eine neue Saat kleiner irdischer Sterne. Dunkelgedrängt Häuser, Häuserreihen weithin. Unter mir und fern hinaus die Stadt. Und überall, wo ein Fenster hell ist, strahlt nun ein Lichtbaum, und wo ein Lichtbaum strahlt, wohnt in dieser Stunde wohl Kindesfreude.

Zum Himmel, der hell, hell voller Sterne steht, — zum Himmel ist den Kleinen, den Verdenden heut auch die Erde worden. . . Mein Herz zuckt. Eine Stimme aus dem Weltraum ruft: Mensch, der Du einsam gehst, sündige nicht in der Weihnachtsnacht! Vergiß nicht: geh und such Dir den Blick in Kindesaugen! Sie sind die frohen Erdensterne kommender Erlösung!

rechtlich unwirksam ist, weil die Rechte aus dem Tarifvertrag, wie oben ausgeführt, gemeinsamer Anspruchs sind.

Leider hat dieser Rechtsgrundsatz bisher in der Rechtsprechung der Gewerbegerichte nur sehr vereinzelt Anwendung gefunden, obgleich er doch der Grundgedanke der Tarifverträge ist.

Ausführlich begründet dann Singheimer weiter, daß der Arbeitgeber im Klagewege gezwungen werden kann, alle Handlungen, die sich aus dem Tarifvertrage ergeben (Änderung der Arbeitsordnungen, Wahl der Tarifkommissionen usw.), vorzunehmen. Weiter kann die Organisation bei Ausperrungen während der Tarifdauer, Schadenersatz einlagen für die aufgewendete Unterstützung der Gemahregelten. Leider hat die Sache einen Haken, denn da die Arbeiterorganisation kein rechtsfähiger Verein ist, müssen alle Mitglieder klagen, was wohl undurchführbar ist. Das gleiche Klagerrecht steht selbstverständlich den Arbeitgeberern den Organisationen gegenüber zu, wenn dieselben sich tarifwidrige Handlungen zuschulden kommen lassen. Da aber vorstehende Rechtsgrundsätze bisher nur aus der Ansicht der Parteien, dem Inhalt der Tarifverträge unter Ausnutzung allgemeiner Rechtsbegriffe zu gewinnen waren, und dieselben keine Sicherung ihrer Durchführbarkeit bieten, stellt Singheimer der Gesetzgebung folgende Aufgaben.

Er verlangt vor allem, daß die Tarifverträge in den Kreis der gesetzlich anerkannten Verträge aufgenommen werden müssen. Das heißt, ein Spezialgesetz über dieselben erlassen werde, in dem der Begriff und Tatbestand des Tarifvertrages, Auslegungsgesetze und ergänzende Rechtsätze über denselben, festgelegt werden. Außer diesem sei noch nötig, daß 1. den Arbeiterberufsvereinen die Erlangung der Rechtsfähigkeit erleichtert werde, daß 2. der § 134c der Gewerbeordnung dahin geändert werde, daß Tarifverträge den Bestimmungen der Arbeitsordnung unbedingt vorgehen müssen, 3. der § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung gestrichen werde. Singheimer schließt dann mit den Worten: Weil allem ist eine wirkliche freie Ausgestaltung des Koalitionsrechts der Arbeiter, insbesondere auch den tatsächlichen Eingriffen der Arbeitgeber gegenüber, als nächstes Ziel im Auge zu behalten. Denn die Koalition ist in den meisten Fällen die Voraussetzung und die Grundlage für einen nicht nur rechtlich ausgebildeten, sondern auch praktisch wirksamen Tarifvertrag."

Wenn man die vorstehenden Ausführungen betrachtet, die nur in größter Kürze wiedergegeben sind, so muß man wohl zugeben, daß sie einen geradezu idealen Zustand der Tarifgemeinschaft darstellten. In der Wirklichkeit sieht es anders aus. Wer hätte wohl noch nicht von tarifbrüchigen Unternehmern gehört, die trotz des geschlossenen Tarifvertrages Hunderte von Arbeitern ausperrten. Unsere Arbeitgeber scheinen sich nicht, langjährig bei ihnen beschäftigte Arbeiter auf das Pflaster zu werfen, wenn sie tarifliche Löhne verlangen. So etwas erleben wir ja beinahe täglich, und sehen es bald für den normalen Zustand an. Auf der anderen Seite erblicken wir tarifbrüchige Kollegen, die es fertig bringen, auf tariflich festgesetzte Bestimmungen (Wohlfahrt der Heberstundenprozente) zu verzichten, die es nicht wagen, tarifliche Löhne zu verlangen, oder sich vom Werksführer breiischlagen lassen und von den tariflichen Lohnfäden abgehen, ohne dabei zu bedenken, daß durch solche Maulwurfsarbeit unser ganzes Tarifgebäude gestürzt werden kann.

Vorläufig ist der Tarifvertrag wohl nur ein Machtverhältnis, dessen Bestand von der Stärke der vertragschließenden Organisation abhängt. Dieser Zustand wird so lange bestehen, bis endlich unsere Arbeitgeber einsehen werden, daß der Abschluß eines fest bindenden Vertrages auch für sie von größtem Vorteil ist, hauptsächlich, um der so viel beklagten und doch nicht auszuwärtenden Schmutzkonkurrenz endlich Herr zu werden. Wir müssen deshalb unsere ganze Kraft darauf wenden, die Organisation zu stärken, die die feste Grundlage des Tarifs ist.

Die Gesetzgebung ist bekanntlich dabei, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu regeln, da die diesbezüglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches wohl kaum von einer Arbeiterorganisation zu erfüllen sind. Aber spannen wir unsere Erwartungen nicht allzuhoch, viel Erfrießliches kommt nicht heraus, wenn unsere agrarisch gefärbte Regierung dem Reichstag ein sozialpolitisches Gesetzklein vorlegt, das dann von den Strauß- und Schlotjunktoren des Reichstages dermaßen ver- bessert wird, daß es nicht wieder zu erkennen ist. Es soll hierbei nur an das Vergarbeiterchutzgesetz erinnert werden. Auch ist ja das Wort von der vollen Kompottschüssel noch im frischen Gedächtnis.

Ob wirklich nun durch erlangte Rechtsfähigkeit die Arbeiterorganisationen instande sind, den Abschluß und die Aufrechterhaltung der Tarifverträge zu fördern, mag vorläufig dahingestellt bleiben.

Die Abänderung des § 134c der Gewerbeordnung dagegen, die bezwecken soll, den geschlossenen Tarifverträgen die Rechtsfähigkeit zu geben, liegt ganz in unserem Interesse. Die Arbeiter mußten übrigens eher als die Juristen, wo sie der Schuß drückte, dies wohl bewiesen durch einen Antrag, der dieselbe Materie behandelt und vom Buchbinderverband auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress 1902 gestellt wurde. In neuester Zeit hat auch der Ausschuss des Berliner Gewerbegerichtes zu dieser Frage Stellung genommen und folgenden Antrag an die gesetzgebenden Körperschaften gerichtet:

"Die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches wollen beschließen: den Titel VII Abschnitt 1 der Gewerbeordnung dahin zu ergänzen:

1. Daß auf Tarifgemeinschaften zwischen gewerblichen Unternehmern und Arbeitern die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung keine Anwendung finden.

2. Daß Tarifvereinbarungen für ihre Teilnehmerin verbindend sind, daß von den Teilnehmern abweichende Bestimmungen weder durch den einzelnen Arbeitsvertrag noch durch die Arbeitsordnung getroffen werden dürfen."

Vorher jedoch diese Änderungen vorgenommen sind, muß, um nur etwas zu erreichen, bei jeder Tarifbewegung darauf hingearbeitet werden, einen Passus in die Arbeitsordnungen zu bringen, daß die Entlohnung nur nach dem vereinbarten Tarif zu erfolgen hat.

Mit dem Schlußsatz des Singheimerschen Referates können wir uns wohl ohne weiteres einverstanden erklären, denn das ist eine Forderung der Arbeiterschaft, die sie seit dem Anfang der Organisationen erhoben hat. Daher: Weg mit den engberzigen, veralteten Vereinsgesetzen, die nicht mehr in unsere Zeit passen, und Schaffung eines wirklich freiheitlichen Reichsvereinsgesetzes!

## Korrespondenzen.

**Stuttgart.** Vor Eintritt in die reichhaltige Tagesordnung unserer, am 25. November abgehaltenen Versammlung, macht Vorsitzender Frey die Mitteilung, daß der Vorstand eine weitere Zeitungsabgabestelle bei Mitglied Eppinger, Schulstraße (Zigarrengeschäft), errichtet habe. — Von Reutlingen aus habe er erfahren, daß die betriebl. Firma Waidenschlager versuche, in Stuttgart Deden machen zu lassen, es sei natürlich Pflicht der Stuttgarter, solche Arbeiten zu verweigern. Hierauf gibt Schwinghammer Bericht von der Gewerkschaftskommission. Die letzte Sitzung derselben habe sich mit der Agitation unter den Arbeiterinnen befaßt, worauf nach erfolgter Aussprache eine Resolution zur Annahme gelangte, die besagt: "Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Mitgliedschaften für eine wirksame Agitation unter den Arbeiterinnen einzutreten, sowie auf die Durchführung der auf dem letzten Gewerkschaftskongress beschlossenen Resolution zu wirken, welcher die organisierten Arbeiter verpflichtet, ihre Frauen und Töchter der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Es ist dabei auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses Bezug genommen worden, der lautet: "Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten Mitglieder sind verpflichtet, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder in der Heimarbeit beschäftigt sind, und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben, wie Konfektion, Labalindustrie usw. hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen."

In der Diskussion sprach zunächst Schleich jen. dafür, auch in der Agitation für die Arbeiterinnen die Kleinarbeit und Werkstudenagitation an erster Stelle zu bewerten, welche Ansicht Rehbberg unterstützt und ferner meint, daß, wenn wir in unseren Unterstützungseinrichtungen so fortfahren, dies wohl die beste Agitation für unsere weiblichen Mitglieder sein werde. Nachdem noch Theilheim und Deder dazu gesprochen, meint Vorsitzender Frey, die heute vorgebrachten Wünsche in betreff der Arbeiterinnenagitation seien wohl keine neuen gewesen, auch der Zahlstellenvorstand habe sich schon des öfteren mit dieser Sache befaßt und sei zu der gleichen Ansicht gekommen, wie Schleich und Rehbberg geäußert, in einer Geschäftsversammlung der Firma Wandel konnte so lechthin sämtliche Kolleginnen dem Verbands als Mitglieder zugeführt werden. Schiebel führt dazu noch an, daß der Vorstand auch in anderer Weise unter den Arbeiterinnen agitatorisch zu wirken gesucht habe, so seien nach Weil im Dorf und nach Wangen, woselbst viel Arbeiterinnen ansässig sind, Agitationsausflüge gemacht worden, leider war die Beteiligung nicht in gewünschter Art.

Ueber einen Entschluß des Ausschusses in Stassenangelegenheiten spricht sodann Kollege Deder. Unserem Unterstützungsausgähler sind vom Ver-

bandsaffierer Hauweisen zwei Belege nicht anerkannt worden, in einem Falle habe der Ausschuss zugunsten, in anderem Falle zugunsten der Zahlstelle entschieden. Deder meinte nun, es könnte dem Unterstützungsausgähler nicht zugemutet werden, für einen immerhin leicht vorfindbaren Fehler oder Irrtum finanziell selbst zu büßen, er stelle daher jetzt schon für den nächsten Verbandstag den Antrag in Aussicht, über die Haftpflicht der Verbandsfunktionäre zu verhandeln. Die Versammlung tritt dieser Anregung bei.

Sodann wurde zur Neuwahl der Tarifkommission geschritten. An Stelle des aus der Kommission ausscheidenden Kollegen Rehbberg wurde Geist gewählt, während die anderen bisherigen Mitglieder der Kommission ihre Ämter behielten. In die Gewerkschaftskommission wurden Theilheim und Lange gewählt.

Hierauf gab Rehbberg seinen Austritt aus dem Gauvorstand bekannt, worauf Frey bemerkte, daß sich der Zahlstellenvorstand in einer seiner Sitzungen mit der Misere beschäftigt habe, wie unter den jetzigen Verhältnissen die Verbandsgeschäfte in Stuttgart ausgeführt werden müßten. Der Vorstand sei zu der Ansicht gelangt, der Versammlung zu empfehlen, zum 4. Dezember eine Sitzung einzuberufen, an der auch die örtlichen Funktionäre und die Vertrauensmänner teilnehmen sollen, um eventuell darüber zu beraten, ob die Anstellung eines besoldeten Gauvorsitzenden nicht von Nutzen sei. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

In der Versammlung vom 9. Dezember wurde zunächst einem Antrag der Vertrauensmänner-Versammlung zugestimmt, den streikenden Reutlinger Kollegen bei Waidenschlager wöchentlich 50 Mk. Ergänzungsunterstützung aus lokalen Mitteln zuzuwenden. Ferner stellte Frey den Antrag, denselben Kollegen 100 Mk. Weihnachtsunterstützung zu bewilligen, was einstimmig angenommen wurde. Daran schloß sich eine kleine Debatte über den Streik, in der das Verhalten der Firma Waidenschlager scharf kritisiert wurde. Weyersbach meinte, der Chef wäre wohl gesonnen, etwas zu bewilligen, aber der Proturist der Firma, der ein halsstarriger Mensch ist, hintertreibe das wohl und dränge dahin, unter keinen Umständen nachzugeben. Wötcher äußert sich dahin, daß die Firma schon zum Nachgeben gezwungen werden wird, wenn die Kollegen standhaft bleiben, und die seien durch unsere Unterstützung nur noch standhafter geworden, einige der Streikenden hätten auch schon bei ihm angefragt, ob sie nicht in andere Stellen könnten.

Sodann wurde zur Besprechung über die Anstellung eines besoldeten Gauleiters geschritten. Gauvorsitzender Wötcher führte aus, daß er das Amt nicht mehr lange weiter führen könne, da seine Existenz nachgerade in Gefahr komme, wenn er, wie es von den Zahlstellen im Gau verlangt wird, so oft seine Arbeit verlassen müsse, um schnellstens nach der einen oder anderen Zahlstelle zu reisen. Es bestehe für ihn die Gefahr, daß sein Prinzipal eines schönen Tages zu ihm sagen würde: Entweder Sie bleiben im Geschäft oder Sie geben Ihre Stellung auf. Deshalb müßte er doppelt vorsichtig sein, denn er könne doch seine Existenz nicht so leichtfertig aufs Spiel setzen. Es sei ja nicht ausgeschlossen, daß sich ein anderer Kollege als Gauvorsitzender einarbeiten könne. Aber auch in Reutlingen hätte die Sache besser abgeklärt, wenn er mehr Zeit gehabt und sich mit den Kollegen hätte besser in Verbindung setzen können. Man dürfe ja nicht glauben, daß für einen besoldeten Gauleiter keine Arbeit vorhanden sei, Arbeit gebe es in Hülle und Fülle. Und wenn die Gawe 16 und 17 ebenfalls einen besoldeten Gauleiter verlangen, so wird der Verbandsvorstand wohl dazu kommen müssen, die Gawe 15, 16 und 17 zusammen zu legen und einen Beamten anzustellen. Wefner erklärt, er sei überzeugt, daß die Arbeiter, welche Wötcher macht, von keinem zweiten gemacht werden können. Rehbberg führt aus, daß der Gaubeamte vollauf zu tun hätte, wenn er Württemberg, Baden und eventuell auch noch Elsaß-Lothringen zu seinem Distrikt rechne. Wötcher sprach sich gegen die Anstellung eines besoldeten Beamten aus, da gerade diese Schuld daran seien, daß die Organisationen, wenn sie ihre Höhe erreicht hätten, dann wieder zurückgehen, erkenne aber die Tätigkeit Wötchers durchaus an. Theilheim sagte, wenn Wötcher ausführe, er allein hätte nur die Arbeiten ausgeführt, so sei das nicht lobenswert, mit solchen Pflichten solle man nicht an die Leffentlichkeit treten, und sich einen Lorbeerfranz um den Kopf binden. Er könne beweisen, daß nicht Württemberg zuerst einen Gauleiter bekomme, sondern da komme Bayern an erster Stelle, Wötcher ginge nur darauf aus, sich als Gauleiter anstellen zu lassen, um Reizen zu machen und den Kollegen den Kopf voll zu stopfen. Banghaf sagte, wenn man die Vorschläge Theilheims annehme, würde man eine Pflanzarbeit machen,



ferner würden die Kollegen unzufrieden werden, wenn die Geschäfte nicht so gemacht würden, wie sie gemacht sein sollten.

Nachdem verschiedene Redner ihre Gründe für und gegen, in zum Teil heftigen Worten, vorgebracht, stellte Thalheim den Antrag auf geheime Abstimmung. Derselbe wurde abgelehnt. Vorsitzender Frey stellte hierauf den Antrag auf Anstellung eines besoldeten Gauleiters; derselbe wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Hierauf folgte die Beratung über die Anstellung eines Sozialbeamten. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte führte Frey kurz an, daß die Arbeiten von ihm nicht mehr so gemacht werden können, wie sie gemacht werden müßten, weshalb es notwendig wäre, die Anstellung eines Sozialbeamten vorzunehmen. Wenn er keine Hilfe an der Hand hätte, dann würde er unbedingt nicht mehr mit den Arbeiten fertig werden. Die Zahlstelle sei in den letzten zwei Jahren auf 1100 Mitglieder gewachsen, und da könne sich ein jeder denken, was für eine Arbeit da auf einem ruht; es sei für Stuttgart nicht zu viel, einen Beamten anzustellen. Wenn die Zahlstelle nächstes Jahr einen Vorsitzenden bekommt, welcher die Arbeiten verrichten könnte, dann sei es ihm recht, aber diese Arbeiten könne er unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr ausführen. Decker führte aus, daß wir zurzeit mit 2500 Mk. Ueberfluß rechnen könnten. Der Gehalt des Beamten mit 1800 Mk. abgerechnet, verbleibe immer noch ein Ueberfluß von 1200 Mk. Thalheim stellt wieder einen Antrag auf geheime Abstimmung; derselbe wurde, wie vorher, ebenfalls abgelehnt. Frey wünscht, man solle Vorschläge machen, damit man diese bei der nächsten Generalversammlung vorlegen könne. Lange stellt den Antrag, die Wahl des Beamten durch Urabstimmung vorzunehmen; derselbe wurde einstimmig angenommen. In die Anstellungskommission wurden Banghaf, Schiebel, Lange und Schleich jun. gewählt, als Ersatzmann Hofmann und Hägele.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Versammlung aller in Kartonnagenbetrieben und Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 16. Dezember statt mit der Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit der Werkstübchen-Kommissionen und das Verhalten des Herrn Kartonnagenfabrikanten Krauze. Kollege Merkel verlas zunächst ein Schreiben des Kartonnagenfabrikanten Krauze, worin derselbe angibt, in der heutigen Versammlung nicht erscheinen zu können, er erwarte aber von der heutigen Versammlung eine Verächtigung in der „Volksstimme“, daß er den Tarifbogen bei einer Arbeiterin nicht unter der Schürze, sondern auf der Schürze weggenommen habe und nicht während der Frühstückspause, sondern während der Arbeit. Merkel erläuterte nun, daß eine Arbeiterin sich der Mühe unterzogen habe, bei ihren Mitarbeiterinnen Unterschriften auf den Tarifbogen zu sammeln, um damit bei ihrem Arbeitgeber vorstellig zu werden. Herr Krauze, der davon Kenntnis hatte, denn er hatte einen Forscher in die vorher stattgefundene Werkstübchenversammlung geschickt, nahm den Tarifbogen, worauf sich bereits 21 Unterschriften befanden, weg und zerriß ihn in kleine Stückchen. Ferner machte Merkel bekannt, daß ein Flugblatt an die Einwohnergemeinschaft von Chemnitz und Umgegend in 30 000 Exemplaren verteilt wurde, das aufforderte, nur in solchen Geschäften zu kaufen, deren Inhaber unseren gerechten Forderungen sympathisch gegenüberstünden; die Herren Innungsmeister hat das tüchtig verknüpft, sie brachten in den hiesigen Tagesblättern eine Annonce „Zur Aufklärung“, mit der Bemerkung, daß unser Flugblatt Unwahrheiten enthielt und forderte auf, die Einkäufe nach wie vor bei ihnen zu besorgen. Zum Schluß behielten sie sich noch weitere gerichtliche Schritte vor gegen die Verbreiter des Flugblattes. Hierzu nahm der Mitgeselle der Innung das Wort und sagte, daß die Innung Unwahrheiten verbreitet habe, denn eine Beratung über die Forderungen habe zwischen dem Gesellenauschuß und dem Vorstande der Innung nicht stattgefunden.

Unser Gauleiter Kollege Pfüge sprach nun zur Tagesordnung selbst, bemängelte die wenigen Einsendungen von Fragebogen, wieviel Kommissionen bei ihren Arbeitgebern vorstellig wurden und was bewilligt worden ist. Ausgegeben wurden 48 Fragebogen, davon gingen 27 ein; davon waren 16 Kommissionen vorstellig, 11 noch nicht. In 17 Geschäften wurde insgesamt eine wöchentliche Lohnverhöhung von 292,55 Mk. bewilligt. Einige Arbeitgeber haben eine Zulage zu Weihnachten versprochen. Von der Innung der Buchbinder sei wohl nach den bestehenden Verhältnissen nicht viel zu erwarten, denn die Herren Innungsmeister stellen sich als Herren im Hause hin, und wir Arbeiter hätten nichts zu fordern. Einige Kartonnagenfabrikanten haben ihren Arbeiten und Arbeiterinnen kleine Zulagen

gewährt, aber andere verweigern jede Zulage und fordern uns direkt zum Streik auf und drohen mit Ausperrungen. Die Herren sagen sich, daß sie dadurch auch ihre Preise erhöhen können. Pfüge geißelte mit scharfen Worten nochmals das Verhalten des Kartonnagenfabrikanten Krauze. Zum Schluß empfahl Pfüge, auch während der Feiertage die Agitation im Kleinen weiterzuführen, fordert die Anwesenden auf, nicht nur Mitglied zu bleiben, sondern immer neue Mitglieder zu werben und empfiehlt die am Schlusse angefügte Resolution zur Annahme.

In der Diskussion nahm Herr Buchbindermeister Herrfurth das Wort und sagte, für ihn sei der Tarif nicht da, er bezahle seine Arbeiter anständig (16,50 Mk. D. V.) und er sei Herr im Hause. Dasselbe gelte für die Innungsmeister im allgemeinen, denn sie seien meist kleine Kräuter. Er ging dann auf unser Flugblatt ein und behauptete, daß wir nicht nur die Innungsmeister, sondern auch deren Arbeiter schädigten, denn mancher kleine Kräuter könne dann seinen Arbeiter entbehren.

Kollege Pfüge entgegnete mit scharfen Worten dem Vorredner und geißelte das Verhalten des Innungsvorstandes ihrem Mitgesellen gegenüber und betonte, daß der Vorstand der Innung nicht einmal die Statuten der Innung beachte. Kollege Schwabe ging nochmals auf die schlechte Lage der Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen ein, behauptete, daß es in Chemnitz noch möglich sei, einen verheirateten Arbeiter mit 14 Mk. Wochenlohn einzustellen. Merkel verlas noch einen Aufsatz aus der „Kartonnagen-Zeitung“ und kritisierte das Verhalten des Einsenders X, und richtete einen kräftigen Appell an die Versammelten, weiter zu arbeiten für den Verband. Nachdem die nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde, die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

„Die am 16. Dezember tagende öffentliche Versammlung nimmt von den erreichten Zugeständnissen der Werkstübchenkommission Kenntnis und betrachtet das erreichte Resultat als eine Abschlusssatzung und als den Grundstein eines zu erstrebenden Tarifabschlusses. Die Versammlung beurteilt entschieden das laze Verhalten der Innungsmeister und Kartonnagenfabrikanten, insbesondere das eigenmächtige Gebahren des Innungsvorstandes, da er, ohne eine Innungsversammlung einzuberufen, über unsere beschiedenen Forderungen hinwegging.“

In Erwägung dessen, daß die vorgerückte Geschäftszeit und die jetzt beginnenden Festtage nicht geeignet sind, weitere Zugeständnisse zu erlangen, vertagt die Versammlung die Lohnbewegung auf einige Zeit, erwartet aber von der Lohnkommission und dem Gesellenauschuß, sobald es die allgemeine Geschäftslage gestattet, erneut an die Innung und an die Kartonnagenfabrikantenvereinigung heranzutreten zwecks Festlegung tariflicher Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

**Leipzig.** In der am Freitag, den 8. d. M. stattgefundenen Versammlung referierte Gen. Dickmann über „Die schädlichen Wirkungen der Heimindustrie“. Der Referent konstatiert zunächst, daß genaue Feststellungen über die ganze Misere der Heimarbeiter heute noch nicht vorliegen, weil leider eine sichere, einwandfreie Statistik nicht vorliegt. So viel ist jedoch aus dem vorhandenen, wenn auch noch mangelhaften statistischen Material ersichtlich, daß die Lage der Heimarbeiter aller Berufe eine jämmerliche ist und daß die Lebens- und Vertriebsverhältnisse der in den verschiedenen Heimindustrien beschäftigten Lohnflaven einer durchgreifenden Verbesserung dringlich bedürfen. Redner beleuchtet übersichtlich die Verhältnisse der Heimarbeiter in Töpfereien, in der Glasindustrie, Karb- und Strohflechterei, Möbelbranche, Zigarren- und Zigaretten-, Bekleidungs-, Textil-, Spielwaren- und Metallindustrie, Schwarzwälder Uhrenindustrie usw. Bei allen Heimarbeitern genannter Industrien sind die Löhne so elende, daß die ganze Familie, Kinder im zartesten Alter nicht ausgenommen, von früh bis in die späte Nacht angestrengt arbeiten müssen, um so viel zu verdienen, daß es zum kümmerlichen Lebensunterhalte zureicht. Die Folgen dieser geradezu mörderischen Heimarbeit sind geistige und körperliche Degeneration; letztere zeigt sich besonders augenfällig bei den Spielwarenarbeitern in Erzgebirge und Thüringen, den Metallarbeitern in und um Solingen, den Uhren- und Strohflechterarbeitern im Schwarzwald, und den Webern in Schlesien. Nachdem Redner den Verderb der Heimindustrie und des hieraus entstehenden noch verwerflicheren Zwischenmeisterwesens eingehend geschildert hat, streift er die vom Bundesrat erlassenen Verordnungen zum Schutze der Tabakarbeiter und die für Konfektionsarbeiter. Erstere sei allgemein anerkanntermaßen wertlos, und über die andere habe Graf Kosadomsky selbst geäußert, sie sei nur da, um umgangen zu werden. Redner spricht

zum Schluß seines Vortrages die eindringliche Warnung aus, die in unserem Beruf vorhandene Hausindustrie energisch zu bekämpfen und ein noch weiteres Umsichgreifen derselben zu verhindern. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil.

In der hierauf folgenden Diskussion meinte Bibel, daß hier am Orte wohl nur in der Zeit der Hochkonjunktur in unferem Berufe Heimarbeit in größerem Umfange vorkommt; er erwartet in dieser Richtung Remedur, wenn es gelänge, den Organisationsgedanken unter den Heimarbeitern zu verbreiten. Waltherr und Schaeble stellen dem gegenüber fest, daß die Heimarbeit in unserem Berufe am Orte umfangreicher ist, als Vorredner annimmt und erläutern dies durch Aufzählung drastischer Beispiele. Waltherr ist überzeugt, daß in wirksamster Form gegen die Heimarbeit Front gemacht werden kann, wenn das Gewerkschaftsartell mit der Angelegenheit betraut wird. Der Delegierte im Gewerkschaftsartell, Kollege Glaubig, spricht im selben Sinne und erklärt, im Artell sobald wie tunlich die Sache vorzubringen. Nach einem Schlußwort Zinkes im selben Sinne wird die Debatte geschlossen.

Sodann wurde beschlossen: Zu dem vom Verbande zur Auszahlung gelangenden Gemäßregelungenunterstützung wird ein Sozialzuschlag für Kollegen von 6 Pf., für Kolleginnen von 3 Pf. gewährt; der Ortsverwaltung bleibt jedoch vorbehalten, in ganz besonderen Fällen über diese Sätze hinauszugehen.

Hierauf werden zunächst, auf Anregung und Vorschlag Waltherr's, die Vertreter zum Unfallversicherungsausschuß gewählt. Bibel macht auf den in letzter Nummer der „Buchb.-Ztg.“ enthaltenen Versammlungsbericht aus Dresden aufmerksam. In diesem Berichte sei jedenfalls das Krasseste geleistet, was bis jetzt über die Differenzen im Verbandsvorstand zutage gefördert wurde. Die Leipziger Kollegenchaft habe sich bis jetzt noch nicht in Versammlungen über die Angelegenheit im Vorstand geäußert, aber angehängt der jetzt auch in Dresden beliebten Kampfweise gegen Mloth sei es Pflicht der Leipziger, hierzu Stellung zu nehmen und gegen eine solche, dem geringsten Anstandsgefühl Hohn sprechende Handlungs- und Ausdrucksweise zu protestieren. Eine derartige Beurteilung habe Mloth nicht verdient, und es sei ihm jedenfalls bis jetzt systematisch entgegen gearbeitet worden. Es gewinne den Anschein, als ob man auf eine Spaltung der Organisation hinarbeite und zu diesem Zwecke jedes Mittel anwende. Auch der Ausschuß sei seiner Ansicht nach zu Unrecht angegriffen worden; es seien die Ausschußmitglieder durch das Vertrauen der Leipziger Kollegenchaft zu diesem Amt berufen und auf die Objektivität dieser Institution könne man sich wohl verlassen. Reudert spricht gleichfalls seine Entrüstung über die von Dresden angewandte Ausdrucksweise aus, über die naive Redeweise Pfüges muß er sich um so mehr wundern, weil er annehmen kann, daß Pfüge über die Streitsache am besten mit unterrichtet ist. Er hätte gewünscht, um die bisherige Objektivität in dieser Angelegenheit im Gau 12 auch ferner zu bewahren, dieses vor allem der Gauleiter beachten müßte und Pfüge hätte sich die Auslassungen des Gauleiters Groenhoff auf dem Gantage zu eigen machen sollen. Schaeble regt an, in einer in Wälde stattzufindenden Versammlung „die Verhältnisse im Verbandsvorstand“ auf die Tagesordnung zu setzen, sowie einen Referenten hierzu zu bestellen. Waltherr gibt ebenfalls seiner Entrüstung über die die Organisation nur in Mißtreiben bringende und durch nichts zu rechtfertigende Kampfweise der in Frage kommenden Dresdener Kollegen Ausdruck. Wenn Mloth regressive veranlagt sei und Bergmanns Kampfweise sich zu eigen mache, dürfte W. auf seinem neuen Posten wohl bald ummöglich sein. Zinke schlägt vor, über die Angelegenheit nicht weiter zu diskutieren, sondern sie in der nächsten im Januar stattfindenden Versammlung zu behandeln, falls sich bis dahin die Verhältnisse im Verbandsvorstand nicht zur Zufriedenheit erledigt haben sollten. Dem wird alleseitig zugestimmt.

Höpfner macht auf das vom Verein für Kunstpflege herausgegebene Werk Andersens Märchen aufmerksam. Das äußerst preiswerte Buch ist zum Preise von 1,30 Mk. gebunden im Bureau sowie in Schüttelshof zur Ansicht ausgelagt und auch daselbst zu haben. Arnold fordert zu zahlreichem Besuch der gelegentlich des Weihnachtsfestes arrangierten Bücher-ausstellung im Volkshaus auf. Hierauf erfolgt Schluß der Versammlung.

**Magdeburg.** „Die Stellung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung“ lautete das Thema, über welches Kollege Mloth in der am 9. Dezember stattgefundenen, von zirka 140 Kollegen besuchten Mitgliederversammlung referierte. Er führte etwa folgendes aus: In der Arbeiterbewegung gibt es zwei Organisationsformen: die politische und die gewerkschaftliche. In neuerer Zeit ist auch noch die Genossenschaftsbewegung in den Vordergrund getreten, doch hat dieselbe nicht annähernd die Wo-

deutung der ersteren erlangt, denn selbst in England, wo das Genossenschaftswesen in so großer Blüte steht, beträgt der auf die Genossenschaften entfallende Teil nur  $\frac{1}{3}$  des gesamten Verkehrs. Allerdings wäre es zu begrüßen, wenn auch in Deutschland die Genossenschaften nur annähernd diese Bedeutung besäßen. Die deutschen Gewerkschaften sind in den letzten zehn Jahren bedeutend gewachsen, und während sie im Anfange ihrer Entwicklung von den Unternehmern als bedeutungslos angesehen wurden, so seien diese jetzt, wie sie jetzt als eine Macht anzuerkennen. Redner kommt alsdann auf die Lage der englischen Arbeiter im 16. Jahrhundert unter der von der Königin Elisabeth diktierten Gesetzgebung, welche von Mary als Blutgesetz bezeichnet wurden, zu sprechen. Die englische Gesetzgebung bewegte sich bis in das Jahr 1824 noch im Rahmen dieser Blutgesetze. Der dann einsetzende Bewegung gegen diese Handhabung gelang es, letztere zu beseitigen und die Fabrikgesetzgebung, welche den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen festsetzte, gelangte zur Einführung. In Deutschland bewegt sich die Gerichtspraxis, wie uns immer wieder durch die gefällten Urteile bewiesen wird, trotzdem das Sozialistengesetz längst aufgehoben ist, noch im Geiste desselben, nur wird es dann Mißbrauch des Koalitionsrechts genannt. Die englischen Gewerkschaften lehren uns, daß die Gewerkschaften nicht nur Unternehmungsverbindungen sein dürfen. Die minimale Ausgabe von neun Prozent für Lohnbewegungen ist die Ursache, daß die Löhne der englischen Arbeiter in den letzten zwei Jahren zurückgegangen sind. Ein weiterer Fehler der englischen Gewerkschaften ist die mangelnde politische Schulung. Diese Fehler werden von den deutschen Gewerkschaften nicht gemacht und die Entwicklung derselben zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Der einen Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ist es gelungen, sich im Jahre 1904 12 Millionen Mark an Lohnhöhung zu erkämpfen. Dies wäre ohne die Gewerkschaften nicht möglich gewesen. Schlecht organisierte Berufe, wie Bäcker, Barbierer und Fleischer leiden auch unter schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die sich fortgesetzte steigenden Preise für Lebensmittel und Mieten zeigen uns, daß wir nicht ruhen dürfen in der Arbeit, die vielen unorganisierten den Gewerkschaften zuzuführen. Dieses große Meer ist Schuld, daß nicht mehr errungen ist. Möge nur ein kleiner Teil des Geistes, welcher die russischen Arbeiter befeuert, auch die deutschen befeuern, dann ist eine bessere Zukunft derselben in nicht all zu ferne Zeit gerückt. — Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Die kurze Diskussion, in welcher die Stellung der Gewerkschaften zur Partei berührt wurde, gab dem Kollegen Kloth Veranlassung, in seinem Schlusswort näher auf die Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaft hinzuweisen. Eins sei auf das andere angewiesen. Auch die Ansicht, die Gesetzgebung könne die Gewerkschaften mit einem Schlag vernichten, sei irrig. Wenn auch hier und dort noch Neigung dazu vorhanden sei, so würde doch niemand einen derartigen Schritt wagen. Ob sich die Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung auf friedliche Weise oder blutig vollzieht, sei eine Frage. Besser ist es jedoch, ein Jahr lang zu bluten, als Jahrzehnte lang unter der Krute zu schmachten.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluss der Versammlung.

**Dresden.** In unserer am 12. Dezember abgehaltenen Kartonnagearbeiter-Versammlung mußte leider der 1. Punkt: „Was die Herren Kartonnagefabrikanten tun und was sie lassen sollen“ wegen schlechten Versammlungsbesuch von der Tagesordnung abgesetzt werden. Zum 2. Punkt führte Referent O. Kobl folgendes aus: Es ist nicht das erstemal, daß von der deutschen Reichsregierung für die Ausgaben von Meer und Marine auch der Tabak zur Besteuerung herangezogen wird. Seit vielen Jahren sind deutsche Regierungen bemüht, aus dem Tabak eine Reichseinnahmequelle zu machen. 1692 monopolisierte man den Tabak in Bayern, hob später das Monopol auf und verpachtete den Tabakbau an eine Aktiengesellschaft, welcher nach einem Jahre das Monopol vom Staate wieder abgenommen wurde. 1819 wurde das erstmal der Tabak durch Zollsatz besteuert. Bismarck erhöhte 1879 den Tabakzoll von 24 auf 85 Mk. und die Steuer des inländischen Tabaks von 12 auf 45 Mk. Nach Inkrafttreten jenes Gesetzes wurden 15 000 Tabakarbeiter brotlos, und die Fabrikanten verlegten ihre Fabriken aufs Land und führten die Heimarbeit ein. Fortgesetzt war die Tabakindustrie bis heute festen Verunrichtungen des Steuerfiskus ausgesetzt. Die heutige Einnahme der Tabaksteuer beträgt 70 Millionen Mark. Durch die neue Steuervorlage werden neue 40 Millionen herauszuheben geplant. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß am 1. März 1906 die neuen Handelsverträge in Kraft treten, die eine Steigerung der Lebensmittel mit sich bringen werden und hierzu

noch die Tabaksteuer einsetzen sollte, so würden die davon betroffenen Industriezweige einen gewaltigen Rückgang erleiden. Auch die Kartonnagebranche hätte sehr darunter zu leiden. Der Fabrikant würde seine Mehrausgaben an der Verpackung der Zigarette zu sparen suchen. Es würden mehr sogenannte weiche Kartonnagen angefertigt, die elegante Ausstattung der Zigarettenpackung käme in Wegfall. Durch die dann eintretende Arbeitslosigkeit vieler Kaufender würde ein Ueberfluß an Arbeitskräften entstehen, die notgedrungen zu Preisbrüder ihrer Klassenossen werden würden. Pfüße bemängelt es, daß eine für die Kartonnagearbeiter so einschneidende Lebensfrage vor solch schlecht besuchter Versammlung erörtert werden muß und gerpflückt hierauf die von Herrn Gustav Stabe, Kartonnagefabrikanten in Dresden, nach unserem vorjährigen Streik erschienene Broschüre. Darauf näher einzugehen halte ich nicht für notwendig, da in Nr. 34 und 35 der „Buchb.-Ztg.“ darüber ausführlich geschrieben wurde. Unumgänglich notwendig für jeden Kartonnagearbeiter und jede Arbeiterin sei es, sich mit diesen zwei Artikeln vertraut zu machen. Ferner macht Pfüße auf die Kommission der Vereinigung der Kartonnagefabrikanten zur Bekämpfung zukünftiger Streiks aufmerksam, deren Vorstandsmitglied Herr Emil Kämpfe ist. Dieser Herr Kämpfe ist nicht, um künftigen Streiks vorzubeugen, Zuschneider mit Stundenlohn von 28 und 30 Pf. einzustellen. Der Vorsitzende Kollege Lange mahnt die Anwesenden, für weiteste Verbreitung des Gehörten Sorge zu tragen und dies hauptsächlich den Hausarbeiterinnen mitzuteilen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die am 12. Dezember tagende Kartonnagearbeiter-Versammlung protestiert auf das schärfste gegen die geplante Tabak-, Zigaretten- und Zigarettenpapiersteuer, welche eine schwere Gefahr für die gesamte Kartonnage-Industrie bedeutet und die ohnehin traurige Lage der Kartonnagearbeiter und Arbeiterinnen noch weiter herabdrücken würde. Die Versammlung schlägt sich der allgemeinen Protestbewegung der Tabakarbeiter voll und ganz an.

**Brandenburg a. S.** Unsere Mitglieder-Versammlung vom 16. d. M. beschäftigte sich hauptsächlich mit der beendeten Lohnbewegung in der Berlin-Neurober Kunstanstalt. Den Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion gab Kollege Faber. Der Direktor Ludwig zeigte sich gleich anfangs der Verhandlungen nicht besonders entgegenkommend. Die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit erklärte er absolut nicht bewilligen zu können, da dieselbe dann für den ganzen Betrieb eingeführt werden müßte, und das Hülfspersonal des Brandenburger Betriebes nicht dazu geeignet sei, um eine Verkürzung der Arbeitszeit vornehmen zu können. Im übrigen müsse die Kommission eine bindende Erklärung abgeben, daß sie sich mit den Zugeständnissen der Firma einverstanden erkläre, anderenfalls erwarte sie die sofortige Kündigung der Buchbinder, Steinbruder und Lithographen. Der Direktor unterbreitete der Kommission ein Schreiben, durch welches folgendes vereinbart werden sollte: Die 9½stündige Arbeitszeit, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, Beibehaltung der Kontrollmarken. Diese Bestimmungen treten ab 1. Januar 1906 in Kraft und haben Gültigkeit bis zum 1. Januar 1909. Die Kommission erklärte sich nach längerer Verhandlung mit diesem Vertrag einverstanden.

Wenn durch diese Lohnbewegung auch kein großer Erfolg erzielt wurde, so mußten sich unsere Kollegen damit einverstanden erklären, weil nach den Verhältnissen ein weiteres Vorgehen nicht zweckmäßig war. Die Kollegen erklärten sich wohl mit den Abmachungen der Kommission nicht ganz einverstanden, erkennen jedoch den Erfolg an, der ohne größere Opfer erreicht wurde. Diese Lohnbewegung muß aber für die Kollegen ein Ansporn sein, noch mehr ihr Interesse dem Verband zuzuwenden, um bei geeigneter Zeit das zu erreichen, was jetzt noch nicht zu erreichen möglich war. Pflicht eines jeden Kollegen ist es nun, auch für den Verband zu agitieren und die Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Soffentlich wirkt unsere Bewegung auch agitatorisch auf die Indifferenten, indem sie den Wert der Organisation erkennen und zu dem Bewußtsein kommen, daß Kobl durch dieselbe bessere Verhältnisse erreicht werden können.

**Potsdam - Nowawes.** Hiermit sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß jeden Sonnabend von 1/9—10 Uhr Kollege Groger im Gewerkschaftslokal Glaser (Kaiser Wilhelmstr.) die Beiträge entgegennimmt, und werden diejenigen Kollegen ersucht, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, dieselben halb zu begleichen, um nicht mit Resten abrechnen zu müssen. Im übrigen müssen die Kollegen mehr Interesse an Verbandsangelegenheiten, auch die Versammlungen in Zukunft pünktlicher und zahlreicher

besuchen, dafür die Klimbimbereine mehr beiseite lassen, um energisch an dem Ausbau unserer Zahlstelle zu arbeiten, damit sie nicht in der schlechten Konjunktur wieder aufgelöst werden muß. Versammlung findet jeden zweiten Sonnabend im Monat im Lokal bei Pius Ludwig statt.

## In eigener Sache.

Auf die „Bemerkungen“ des Verbandsvorsitzenden Kloth in Nr. 50 der „Buchb.-Ztg.“ habe ich folgendes zu erklären:

Ich habe in der Dresdener Mitglieder-Versammlung am 2. Dezember Herrn Kloth nicht verächtigt und beschimpft, sondern nur die nackten Tatsachen konstatiert, und zwar erstens, daß Kollege Georg Schmidt seinen Posten einzig und allein deshalb verläßt, weil ihm ein Zusammenarbeiten mit Kloth nicht mehr möglich ist; ferner habe ich den Brief des Herrn Kloth erwähnt, welchen er an den Ausschuß in der Angelegenheit Hausen gerichtet hat, in welchem letzterer in der niederträchtigsten Weise verächtlich worden ist und bei dessen Verlesung in der Vorstandssitzung nicht nur ich, sondern auch die anwesend gewesenen Kollegen Schade und Hytonski empört waren. Drittens entspricht meine Behauptung durchaus den Tatsachen, daß Kloth in keiner anderen Stadt einen solch fruchtbaren Boden für seine „feinen“ Eigenschaften gefunden hätte wie in Berlin; deshalb bedauere ich auch heute noch meine Verantwortung für die Verlesung des Verbandsfiskus auf das lebhafteste. Wenn dann Herr K. auf meine damaligen Äußerungen im Berliner Gewerkschaftshause zurückkommt, so will ich nur bemerken, daß, wenn ich einmal über die Schnur gehauen habe, ich auch immer noch den Mut habe, ein zutiefst gefagtes Wort zurückzunehmen. Es gibt aber Leute in Berlin, die fortgesetzt ehrenhafte Kollegen sowie auch andere Parteigenossen zu verächtlichen und zu verunglimpfen suchen. Ich erinnere nur daran, daß Kloth in seiner Polemik gegen unseren Redakteur Schmidt auch den Genossen Robert Schmidt anpöbelte, indem er diesem vorwarf, daß er seine auf dem Gewerkschafts-Kongreß gehaltenen Rede abgelesen hätte. Der Genosse R. Schmidt hat ihm (Kloth) eine Verächtigung zugesandt und ihm die auf seine Rede bezüglichen Notizen zur Verfügung gestellt. Herr Kloth konnte darauf unmöglich seine „Behauptungen“ aufrecht erhalten und hätte widerrufen müssen. Aber weit gefehlt, so etwas kann man von diesem Herrn nicht verlangen.

Im Verbandsinteresse gehe ich ebenfalls nicht auf noch weitere Dinge ein; auf dem Verbandsstag in Nürnberg werden ja alle Sch... idbürgertümlichkeiten des noblen Herrn den Delegierten zur Begutachtung unterbreitet werden. Dann wird sich's ja zeigen, ob solche Personen die Leitung einer Gewerkschaft weiter in Händen behalten können. Dresden. H. Bergmann.

## Erklärung.

Zu den Verächtigungen des Dresdener Versammlungsberichtes hat Unterzeichneter folgendes zu erklären:

Kollege Pfüße hat durch fast wörtliche Wiedergabe seiner Ausführungen erreicht, was er wollte, nämlich, sich vor allen in Frage kommenden Instanzen nicht anständig bewegt zu haben.

Zu der Verächtigung O. Kobl's habe ich zu erklären, daß dem Sinne nach O. Kobl das gesagt hat, was durch mich entstellte worden sein soll. Kollege Kobl hat nicht gesagt, daß Kloth mit seinen Kreaturen schmutzig gearbeitet hat, sondern er sprach von Kreaturen vom Schlage Kloth, ließ schmutzig weg und verfasste die Resolution, in der Kloth gesagt wird, mit ziemlich unfauleren Mitteln gearbeitet zu haben. Zu dieser Resolution gab ein anderer Kollege seinen Namen her. Da ich gegen die Resolution in ihrem ersten Teil gestimmt habe und einen Bericht gab, der nach Annahme der scharfen Resolution von mir so gebracht wurde, wie ich die Sache aufzufasse, deshalb ist mein Handeln nach Kobl Jesuitisch. Wie über die Einbringung der Resolution gedacht wird und welche Bezeichnung hierfür am Platze ist, überlasse ich der Kollegenhierfür.

Franz Wehm, Schriftführer.

## Rundschau.

Einen noch zu geringen Denzettel erhielt der Geschäftsführer Sch. einer Berliner Großbuchbinderei durch eine Verhandlung vor dem Berliner Schöffengericht. Anlässlich eines Streiks, welcher bei genannter Firma ausgebrochen war, versuchte die Geschäftsleitung Reservenisten als Arbeitswillige heranzuziehen, welches Ansuchen aber von dem betreffenden Generalkommando abgelehnt wurde. Diese



Angelegenheit kam auch zur Kenntnis der Ausständigen, welche es sich nicht entgehen ließen, in ihren Versammlungen die Art und Weise der Werbung von Arbeitswilligen gebührend zu brandmarken. Das wollte aber Herr Sch. absolut nicht gefallen, und als eines Tages eine Kollegin, welche gelegentlich kleine Arbeiten im Kontor verrichtete, ihn beim Ausbruch des Streiks zurückgelassenen Sachen abholen wollte, glaubte Herr Sch. sich sein Mütchen kühlen zu können, indem er mit ziemlich deutlichen Worten die Kollegin beichtete, daran schuld zu sein, daß der Inhalt des Briefes, der nicht aus seinen Händen gekommen war, den Streifenden bekannt geworden ist. Infolge dieser Beschuldigung von der Kollegin zur Rede gestellt, erwiderte der Herr ironisch: „Das wisse er schon, wie das gemacht wird, aber es seien schon die nötigen Schritte von seiner Seite getan, das Weitere werde sich finden.“

Begreiflicherweise wollte und konnte sich die Kollegin diese Beschuldigung nicht gefallen lassen, da sie von dem Vorhandensein eines Briefes überhaupt keine Ahnung hatte, sondern nur durch die Versammlung von der Angelegenheit Kenntnis erhielt, und so veranlaßte sie, daß Herr Sch. sich in Mosbit ein Stellbischen gab, dessen Verlaß ihm klar gemacht hat, daß auch die Ehre einer Arbeiterin geachtet werden muß. Es mußte sich Herr Sch. derbe Worte des Vorfindenden gefallen lassen, er bezeichnete die Handlungsweise Sch.s als leichtfertig und unverantwortlich; nur auf die unkontrollierbaren Neben einiger Arbeiterinnen hätte er, ohne etwas Kostbares zu seinen Anschuldigungen angeben zu können, eine unbescholtene Arbeiterin in ihrer Ehre angegriffen. — Die Verhandlung schloß mit einem Vergleich. Der Beklagte gab eine Erklärung ab, indem er die gegen die Klägerin gebrauchten Äußerungen, zu denen kein Grund vorlag, mit Verbauern zurücknahm und sich bereit erklärte, sämtliche Kosten des Verfahrens zu übernehmen.

Die russische Revolution gibt vielen Leuten in Deutschland Veranlassung, Vergleiche zwischen der deutschen und russischen Volksbewegung anzustellen, wobei dann die Verhältnisse in beiden Ländern gewöhnlich mit der gleichen Elle gemessen werden. Wir halten diese oberflächlichen Vergleiche auch für ungutreffend und irreführend. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ weist in kurzen Ausführungen gelegentlich der Wiedergabe einer Polemik, die das Verbandsorgan der Maurer mit der „Vorwärts“-Redakteurin Rosa Luxemburg hat, auf diese Unterschiede hin, denen auch wir hier Raum gewähren wollen. Sie schreibt:

„Rosa Luxemburg, die Prophetin des Generalstreiks, zieht von Stadt zu Stadt und hält Vorträge, in denen sie die vollständige Zwecklosigkeit der Gewerkschaften durch die Vorgänge in Rußland nachweist. Auch wir freuen uns über die Vorgänge in Rußland, würden uns noch mehr freuen, wenn sie sich so abgespielt hätten, wie wir es wünschen, aber mit deutschen Verhältnissen und mit dem Kampfe, den die deutsche Arbeiterchaft führt, sind sie durchaus nicht zu vergleichen und wer das nicht einseht, dem können wir nicht helfen. In Rußland tobt nicht der Klassenkampf, nicht gegen den Kapitalismus und für Sozialisierung der Gesellschaft kämpft man, nicht die Unterdrückten haben sich gegen die Unterdrücker erhoben, und nicht die Arbeiter allein kämpfen, sondern jeder freiheitsliebende Russe, ob reich, ob arm, kämpft hier mit gegen Autokratie, Despotismus, Tyrannei und Beamtenkorruption. In diesem Kampfe opfern die Arbeiter schließlich doch nur ihr Blut, um der Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wie die Berliner Arbeiter 1848 der deutschen Bourgeoisie die Kastanien herausgeholt haben. In der russischen Bewegung vermischen wir jede Führung — bis jetzt kann sich noch jede Richtung die Führung anmaßen — jede Einheitslichkeit und der konzentrierte Wille fehlt und deshalb kann heute noch niemand sagen, wie die Bewegung enden wird. Im günstigsten Falle wird Rußland eine konstitutionelle Verfassung, also ein Parlament erhalten und damit hat es eine Etappe im Kampf um Volksrechte gegen Absolutismus siegreich zurückgelegt. Aber dann wird in Rußland der gewerkschaftliche und vor allem der Klassenkampf im sozialdemokratischen Sinne beginnen, erst dann werden die Ausgeborenen gegen die Ausbeuter aufstehen. Galten die Revolutionsromantiker uns dennoch die russischen Vorgänge als so nachahmenswert, als ein glorreiches Vorgehen entgegen, an dem wir uns ein Beispiel nehmen sollten, so müssen wir darauf antworten, daß diese „glorreiche Bewegung“ ohne politische und gewerkschaftliche Organisation und ohne daß Rosa Luxemburg in Rußland auch nur eine Generalstreikrede gehalten hätte, entstanden ist, und diese glorreiche Bewegung ist auch ohne Rosa Luxemburg bis heute siegreich geführt worden. Rosa Luxemburg ist Rußin, ihre Landsmänner können und müssen sich ihre Freiheit ohne

ihre Mithilfe erkämpfen, sie predigt im sicheren Deutschland den Generalstreik, heßt gegen die Gewerkschaften, während ihre Brüder und Schwestern in eigenen Vaterlande im Kampfe gegen den Absolutismus verbluten. Die russische Arbeiterchaft wird in ihrem schweren Kampfe ohne Rosa Luxemburg fertig und die deutschen Arbeiter bedürfen ihrer erst recht nicht.“

Gegen die geplante Tabaksteuer rüstet der Tabakarbeiterverband in sehr energischer Weise. Außer in Versammlungen durch Protestresolutionen sucht die Zentralkommission auch mit folgendem Vorschlag gegen die geplante Steuererhöhung zu wirken: Die in den einzelnen Orten gebildeten Kommissionen sollen nach Bekanntgabe der Regierungsvorlage an die Reichstagsabgeordneten aller Parteien mit der Frage herantreten, wie sie sich zu dieser Vorlage stellen. Ob sie angesichts der Lage der Tabakarbeiter, angesichts der Fleissteuerung, der kommenden Verteuerung aller übrigen Nahrungs- und Lebensmittel als Volksvertreter für diese Vorlage stimmen und die Tabakarbeiter dem größten Elend preisgeben wollen. Wenn unftreitig würden zehntausende Tabakarbeiter der Landstraße überliefert werden. Mit dieser Anfrage hätten die Tabakarbeiter vor zwölf Jahren sehr gute Erfolge erzielt und die damalige Abschaffung der Regierungsvorlage sei zum guten Teil dieser persönlichen Einwirkung auf die Reichstagsabgeordneten zuzuschreiben gewesen.

Der „Vorwärts“-Konflikt schließt mit einem überraschenden Finale. Nicht etwa die Protestresolutionen gegen den „Korrespondenzblatt“-Artikel einiger Gewerkschaftskartelle, meist aus Orten, die nur ein kundiger Geograph kennt, konnten die Welt überraschen, sondern eine Erklärung der hinausbuglierten sechs Redakteure tat dies. Sie hatten ihre Sache in diversen Zeitungsartikeln nicht schlecht verteidigt und sich damit gewiß manche Sympathie reichlich denkender Männer erworben. Zum Ueberflus veröffentlichten sie aber nun noch die ganzen Aktenstücke und den chronologischen Hergang der Sache in einer Broschüre, die scharfpunktierte Angriffe auf den Parteivorstand enthielt. So unnötig das gewiß allgemein befunden, denn der nackte Tatbestand war bekannt, am Stande der Sache konnte nichts geändert werden, weshalb weiter zu polemisieren zwecklos erscheinen muß, zumal auch der nächste Parteitag noch darüber befinden konnte, so wäre auch darüber noch wenig zu sagen gewesen, wenn die Sechs mutig hinter dem Inhalt der Broschüre standen. Statt dies zu tun, gaben sie just zu gleicher Zeit als die Broschüre erschien, eine bedeuhemütige Erklärung ab, in der sie quasi alles zurücknahmen. Wenn die Sechs von ihrer Sache so schlecht überzeugt und zur Versöhnung so stark geneigt waren, dann hätte ihnen diese Erkenntnis doch auch zweimal vierundzwanzig Stunden eher kommen können, dann war der Welt, insonderheit der Arbeiterbewegung das widerliche Doppelspiel erspart geblieben und die Sechs hätten nicht bei Freund und Feind ihr Ansehen eingebüßt.

Wir haben schon für jeden gefürchtet, der sich in der Sache zu stark engagierte und hielten uns in möglicher Reserve. Die Beurteilung der Sache bleibt nach wie vor die gleiche, aber wer so viel schlechte Erfahrung mit „tapferen“ Gleichgesinnten gemacht hat wie wir, und wer einige der mutigen Helden in dem Garden-Abfchwur auf dem Dresdener Parteitag gesehen hat, wird doppelt vorsichtig. Bei manchen Menschen scheint die Politik wirklich den Charakter zu verderben.

Ein neues Aussperrungssystem hat Herr Mendel-Altona, der unermüdete Aussperrungstechniker, in Vorschlag gebracht, und zwar die Aussperrung nach Altersklassen, wobei die Quittungsarten der Alters- und Invalidenversicherung als das bequeme und zuverlässige Mittel zur Kenntlichmachung dienen sollen. In einer Zuschrift eines Arbeitgebers an die „Dtsch. Arbeiterzeitung“ wird das neue System sehr gelobt. Es wird dort ausgeführt: „Demzufolge könnte bei einer partiellen Aussperrung im Bereiche z. B. des Verbandes deutscher Metallindustrieller beschlossen werden, daß etwa 10 Proz. aller Arbeiter aus den Geburtsjahren 1875 bis 1800 ausgesperrt werden; gleichzeitig müßte natürlich die Einstellung von Arbeitern aus diesen Geburtsjahren bis zur Beendigung des Streiks, auf die das Vorgehen des Gesamtverbandes zurückzuführen ist, ausgefchert werden. Notwendig würde es natürlich sein, die Spannung der zu sperrenden Geburtsjahre dezent zu gestalten, daß der beabsichtigte prozentliche Durchschnittsatz der Aussperrten auch in allen Betrieben erreicht wird. Die Befolgung dieses Systems würde bewirken, daß die älteren Leute, die zumeist nur gezwungenermaßen an der Bekämpfung der Unternehmers durch die Gewerkschaften teilnehmen, von der Aussperrung verschont bleiben könnten, was ein Vorzug dieses Systems im Vergleich zum Absystem

bedeutet.“ Auch dieses neueste Mittel gegen die Arbeiterchaft wird sich nur zu bald als untauglich erweisen und die Führer der Scharfmacher werden auf neue sinnen müssen.

### Bekanntmachung.

Die Zahhaber folgender Sammelisten für die Vergarbeiter haben diese noch nicht eingeleistet bezu. abgerechnet:

Nr. 286. 287. 292. 323. 326. 328. 329. 330. 332. 3766. 3781. 7909. 7932.

Die Mitglieder, welche über den Verbleib dieser Listen Aufschluß geben können, werden gebeten, dieses dem Bureau mitzuteilen.

Folgende Sammelisten für die ausgesperrten Elektrometallarbeiter sind als verloren gemeldet: 1583. 1569—73.

Das Mitgliedsbuch Nr. 6122, ausgestellt auf den Namen Karl Schüber, geb. 2. 5. 72 in Wahrensdorf in Wöhmen, ist anzuhalten und der unterzeichneten Verwaltung zwecks Kontrolle einzusenden.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin.

### Abrechnung

vom Streik der Berliner Emiarbeiter.

Einnahme.	
Aus der Verbandskasse erhalten . . .	12 809,25 Mf.
Von der Zahlstelle Berlin . . .	2 990,10 „
Zurückgezahltes Reisegeld . . .	86,— „
Zurückgezahlten Ersatz für einbehaltenen Lohn . . .	22,50 „
Summa 15 857,85 Mf.	

### Ausgabe.

Streikunterstützung aus der Verbandskasse: an 80 Verheiratete für 2734 Tage 7467,85 Mf.	
an 71 Ledige für 1918 Tage 3842,— „	
an 22 Arbeiterinnen für 478 Tage . . . 637,65 „ 11 947,— Mf.	
Lohnzuschlag zur Streikunterstützung an 173 Streikende für 5130 Tage . . . 2 838,60 „	
Ersatz für einbehaltenen Lohn (Kontraktbruch) an 7 Streikende . . . 85,95 „	
Wieszuschuß an 27 Streikende . . . 259,— „	
Außerordentliche Unterstützung an drei Streikende . . . 22,— „	
Reiseunterstützung an 17 abgereiste Streikende . . . 193,60 „	
Für Fortschaffung Zugereister . . . 8,40 „	
Für Druckfachen . . . 33,50 „	
Für Inserate . . . 134,95 „	
Für Telegramme . . . 3,85 „	
Porto der Lohnkommission . . . 6,96 „	
Entschädigung an die Lohnkommission und deren Beauftragte . . . 26,50 „	
Fahrtgelder, Sitzungsgelder und Arbeitszeitverräumnis d. Lohnkommission und deren Beauftragte . . . 190,15 „	
Summa 15 755,46 Mf.	
An die Verbandskasse zurück . . . 102,39 „	
Summa 15 857,85 Mf.	

### Bilanz:

Einnahme . . .	15 857,85 Mf.
Ausgabe . . .	15 857,85 „

Berlin, den 11. Dezbr. 1905.

Für die Ortsverwaltung: Für die Lohnkommission: Alfred Hanke. W. Brucks. R. Fieble. Revisoren: Alb. Hoffmann. Fritz Retzlag.

### Briefkasten.

F. S. in B. Gewünschte Anzahl Zeitungen geht von dieser Woche an direkt nach R. — St. G. in D. Gelangt mit bestem Dank zum Abdruck. — H. R. in B. Kam zu spät, Dienstag nachmittag erst. Zurückgestellt: Zwei Antworten nach Osterwied und Streifabrechnung aus Erfurt.

### Litterarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist erschienen:

Arbeiter-Rotkalender 1906. Gebunden 60 Pf. Ein nützlicher Ratgeber für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Die wahre Gestalt des Christentums. Von August Guyot und Sigismund Lacroix. Uebersetzt von August Bebel. Preis 50 Pf.

Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre sozialpolitische Bedeutung. Von Paul Kampffmeyer. Preis der Broschüre 1,50 Mf., der Agitationsausgabe 75 Pf.

In Freien Stunden. Beste Romanbibliothek für die arbeitende Klasse. Pro Woche ein Heft 10 Pf.

# Anzeigen.

## Deutscher Buchbinder-Verband.

### Zahlstelle Reutlingen.

Allen Kollegen u. Kolleginnen zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Buchbinder

### Fritz Dengler

aus Leipzig, in seiner Garnison Gmünd gestorben ist.

Wir werden demselben stets ein treues Andenken bewahren!

838] [1,30 Die Ortsverwaltung.

### Dresden.

Mittwoch, den 13. Dezember starb unser langjähriges, treues Mitglied, der Kollege 839] [1,30

### Max Leubner

im Alter von 26 Jahren. Er war stets in treuer Pflichterfüllung für unsere Sache tätig, bis ihn eine tödliche Krankheit aus unserer Mitte riß. Ehre seinem Andenken! Der Bevollmächtigte.

## Zahlstelle Stuttgart.

Samstag, den 23. Dezember abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Städtisches Arbeitsamt und Arbeitsvermittlung. [2,-]
  2. Fragekasten, Verschiedenes. [2,-]
- Um zahlreichen Besuch ersucht  
840] Der Vorstand.

Unsere Mitglieder ersuchen wir dringend, ihre restierenden Beiträge umgehend zu begleichen. Wer länger als 8 Wochen restiert, muß gestrichen werden.

Am 6. Januar nachmittags Spaziergang nach Baihingen auf die Silber. Näheres nächste Nummer. D. D.

## Leipzig.

Alle Kollegen und Kolleginnen, welche mit ihren Verbandsbeiträgen noch im Rückstande sind, eruchen wir, dieselben bis 30. Dezember zu begleichen. Wer länger als 8 Wochen restiert,

### : verliert seine : Mitgliedchaft!

Beiträge werden täglich (außer Sonntag) in der Zeit von 10-1 und 5-8 Uhr im Verbandsbureau, R. Grenzstr. 24 I, entgegengenommen. Alle Arbeitslosen haben die Pflicht, sich sofort im Bureau zu melden; für die Tage, wo sie sich nicht gemeldet, kann laut Statut keine Unterstützung gewährt werden, dieselbe beginnt mit dem 4. Tage der Arbeitslosigkeit. Arbeitsnachweis täglich von 10 bis 11 Uhr. 841] [3,-

Bibliotheksausgabe Mittwochs 7 bis 8 und Sonnabends 6-8 Uhr.

Unsere lieben Kollegen Franz Müller und seiner lieben Braut Lina zu 842] ihrer Verlobung die [1,60

### herzlichsten Glückwünsche!

Der Junggesellenklub „Bayerische“ Karlsruhe.

Conf. Bonnet, Weiß, Becker, Benz, Sibra.

## Berlin.

Donnerstag, den 4. Januar 1906,

### Versammlung

der in Buchbindereien, welche der Innung angehören, beschäftigten Buchbindergehülften

im Gewerkschaftshaus (Sant 1) Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gesellenausschusses. Referent: Kollege B. Jost.
2. Ergänzungswahl zum Gesellenausschuss. [3,-]

Die vorstehende Versammlung ist gegenwärtig von besonderer Wichtigkeit für die Buchbinder Berlins! Stehen wir doch abermals vor einer Tarifbewegung, und wissen aus der vorherigen Tarifbewegung, daß die Innung wohl dem Buchbinderwerbender-Verband angehört, aber den Tarifvertrag für sich als nicht bindend betrachtet. Buchbinder Berlins, erscheint zahlreich in dieser Versammlung und wählt Kollegen, welche bereit sind, eure Interessen zu vertreten. 843]

Die Ortsverwaltung.

Unsere lieben Kollegen u. langjährigen Mitglied **Oskar Heing** zu seiner Abreise nach Leipzig ein „Herzliches Lebewohl“. 844] [1,-

Die Kollegen der Zahlstelle Bant-Wilhelmsbaven.

Zur Verlobung unseres Kollegen **Karl Falkenstein** mit Fräulein **Olga Schill** aus Karlsruhe die [1,40

### herzlichsten Glückwünsche

845] Zahlstelle Offenbach a. M.

Unsere werten Kollegin **Fr. Magda Verdie** u. Herrn **Karl Verdie** die herzlichsten Glückwünsche

846] zu ihrer Verlobung. [1,40

Hamburg. Weihnachten 1905. Kiel. Buchbinderei Knackstedt & Nather, Hamburg.

### Klaus mit 1 Laden, Wohnung

und Werkstatt, wo seit Jahren Buchbinderei u. Papierhandlung betrieben wurde, in der Nähe große Volks- und Gewerbe-Schule, 12 Klassen, in gewerblicher Stadt von circa 17 000 Einwohnern, ist zu verkaufen oder zu vermieten. Mietspreis 550 Mk. Näheres unt. M. 508, Raedes Exp., Braunschweig. [3,60

Wünschen Sie einen gewissenhaften Unterricht, so wenden Sie sich an die:

### Geraer Fachschule für Buchbinder

von **Hans Bauer**, Gera-St. Früher langjähriger Leiter u. I. Lehrer der Born & Pöckelischen Berggoldschule i. Gera.

Während meiner 20jähr. Lehrthätigkeit ca. 1100 Schüler persönlich ausgebildet. Prospekt kostenlos, woch. all. Näheres enth. — Eintritt jederzeit. — Gute Erfolge. —



### formaline

ist die neue Konservierungs-Mittelgattung, mit welcher der Caragheen-Roos-Grund sich 60 Tage lang brauchbar hält. 1 Liter 250 Mk. reicht hin, um 400 Liter Grund zu konservieren.

Prospekte gratis. P. Szigris, Marmorlehrer, Leipzig, Thalstr. I.

## Leipzig.

Freitag den 26. Januar 1906

### Ordentl. Generalversammlung des Fachvereins

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Anträge.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Gewerkschaftliches.

Anträge der Mitglieder sind laut § 14 Abj. 2 des Statuts spätestens bis 14 Tage vor dem Stattfinden der Versammlung beim Vorstand einzureichen. 850] [5,60

Nähere Bekanntmachung über Lokal und Zeit erfolgt später.

Der Vorstand.

## Achtung! Berlin. Achtung!

Sonnabend den 3. Februar 1906

### Grosser Wiener Masken-Ball

in L. Keller's Festsälen, Koppenstr. 29,

arrangiert von der

Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes, von Mitgliedern der Zentral-Krankenkasse der Buchbinder und vom Buchbinder-Männerchor.

### TANZ in beiden Sälen.

Um 12 Uhr Demaskierung. \* Zwei Musikkapellen.

Billet 50 Pfennig. Anfang 8 1/2 Uhr.

Abendkasse findet nicht statt.

Billets sind in allen Zahlstellen des Verbandes, bei allen Werkstübener Vertrauenspersonen, in den Übungsstunden des Buchbinder-Männerchors, Melchiorstr. 15, und in beiden Bureaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 21 und 24, zu haben. 851] [6,40

Um recht regen Vertrieb der Billets ersucht

Das Komitee.



Buchbinder finden durch meinen kostenfreien Arbeitsnachweis billig und schnell passende Stellen:

## billiger

als durch die Fachzeitungen, weil :: vollständig kostenfrei; ::

## schneller

weil ja die Fachzeitungen nur aller :: 8-14 Tage erscheinen. ::

O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstr. 47 - Papier- u. Lederwaren, Buchbindereibedarf - Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu den günstigsten Bedingungen



## LEIPZIG

### Restaurant „Goldener Adler“

Reichenhainerstr. 102.

Mittwoch, am 3. Weihnachtsfeierstag

### Schlachtfest

Mache auf meine berühmten Schlachtfest aufmerksamt. Um 10 Uhr Früh- schoppenkonzert. Es ladet ergebenst ein Kollege Otto Plamper.

Bringe den geehrten Kollegen mein Uhren- und Goldwaren-Lager in empfehlende Erinnerung.

- Nickel Herr. Rem.-Uhr. v. 6,50 M. an
- Silberne „ „ 10,- „
- Goldene „ „ 65,- „
- Silberne Damen „ 13,50 „
- Goldene „ „ 20,- „
- Wecker-Uhren „ 2,50 „

Damen- und Herren-Uhrketten, Broschen, Ringe usw. in grosser Auswahl. - Billigste Preise.

Streng reelle Bedienung. :: Kollegen erhalten 3% Rabatt.

R. O. Liebscher, Leipzig-Neustadt, Allee-Strasse 16.